



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2025/1

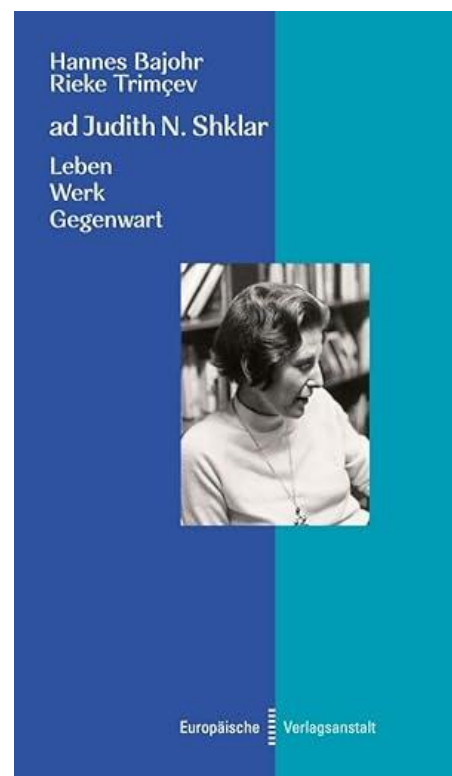
Hannes Bajohr/Rieke Trimçev: ad Judith N. Shklar. Leben – Werk – Gegenwart.

Hamburg: Europäische Verlagsanstalt, 2024, 284 S., ISBN 978-3-86393-133-9

Die Politologin Judith Shklar erfährt in den letzten rund zehn Jahren eine Renaissance, ihr Werk wird (wieder-)entdeckt und in viele Sprache übersetzt, ihr Denken für aktuelle Debatten fruchtbar gemacht. Verdient gemacht hat sich dabei für den deutschsprachigen Raum der Philosoph und Literaturwissenschaftler Hannes Bajohr, der ihre zentralen Texte übersetzt und in ihrer Prägnanz und Klarheit zugänglich gemacht hat. Zusammen mit Rieke Trimçev legt er nun mit „ad Judith N. Shklar“ ein Lesebüchlein im besten Sinne zu Leben, Werk und Gegenwartsbezug einer der wichtigsten liberalen Theoretikerinnen des 20. Jahrhunderts vor und gewährt damit der geneigten Leserschaft einen zusammenhängenden Blick auf ihr Schaffen.

Das Buch gliedert sich in zwei Teile: Eine werkbiografische Skizze gibt einen Überblick über Judith Shklars Leben und ihre Veröffentlichungen, ergänzt wird diese um eine vollständige bibliografische Übersicht im Anhang. Im zweiten Teil erproben Bajohr und Trimçev die Urteilskraft von Shklars „Liberalismus der Furcht“ an Themen der politischen Gegenwart – der Identitätspolitik, den Herausforderungen des Klimawandels und den anhaltenden Debatten um Migration und Staatsbürgerschaft (vgl. S. 14). Dabei zeigt sich, dass Shklar keine politischen Patentrezepte anbietet, sondern – so die zentrale These der Autorin und des Autors – die ständige Einübung einer liberalen Urteilskraft einfordert.

Die ausführliche werkbiografische Skizze macht Lust auf eine große Judith-Shklar-Biografie. Nicht nur, weil diese längst überfällig ist, sondern weil es dem Autorenduo gelingt, selbst auf den wenigen, in diesem Büchlein zur Verfügung stehenden Seiten zu zeigen, vor welchem biografischen Hintergrund sich Shklars Denken herausgebildet hat und wie ihr eigener Lebensweg für die Maxime des Liberalismus der Furcht bürgt. Geboren als Judita Nisse 1928 in einer wohlhabenden, deutschsprachigen jüdischen Familie in Riga, wurde ihre Kindheit 1939 jäh beendet durch die Flucht der Familie vor dem drohenden Kriegsbeginn und dem Tod ihrer Schwester wenige Tage vor der Abreise. Eine mehr als achtzehnmönatige Flucht über Stockholm, Tallin, Leningrad, Moskau, Wladiwostok und Yokohama nach Seattle, New York und schließlich – im Jahr 1940 – ins rettende Montreal schloss sich an. Man kann nicht umhin, diese Erfahrung – das Entkommen vor dem Holocaust und das Leben im Exil – durch die



Schablone ihrer liberalen Theorie zu denken, die die Vermeidung des höchsten Übels, die Furcht, und die Furcht vor der Furcht selbst, ins Zentrum stellt. 1945 schrieb sich Judith, wie sie sich nun nannte, in Montreal zum Studium ein und entschied sich für die Politikwissenschaft. Als nunmehr verheiratete Shklar ging sie 1951 an die Harvard University, wo sie bis zu ihrem überraschenden Tod 1992 ihr wissenschaftliches Leben verbrachte.

Bajohr und Trimçev erzählen Shklars Leben und Schaffen nach der Ankunft in Cambridge, das zu ihrem Zuhause wurde, anhand ihrer zentralen Bücher und Schlüsselwerke, lassen sie selbst aber auch immer wieder anhand von ausgewählten Zitaten als Hochschullehrerin, Frau und Exilantin zu Wort kommen, um ihr Werk nicht nur historisch, sondern auch im Sinne ihrer persönlichen Entwicklung einzuordnen. Anhand dessen entsteht die zentrale These von Bajohr und Trimçev: Die Vermeidung von Grausamkeit und der systematischen Furcht vor ihr ist weniger eine direkte und erschöpfende Handlungsempfehlung Shklars für liberale Politik, sondern vielmehr die Aufforderung, beim Argumentieren in politischen Dingen umzudenken (vgl. S. 98 f.). Es gehe um die Beobachtung und Bewertung von Einzelfällen und typischen Begebenheiten, die Erprobung und Einübung liberaler Urteilskraft, um so – ohne feststehende Regeln – über behutsame Verallgemeinerung eine tragfähige Basis für eine normative Theorie zu entwickeln (vgl. S. 100 f.). Bajohr und Trimçev lesen Shklars Liberalismus der Furcht als „Plädoyer für eine politische Urteilskraft“ (S. 100), um liberales Handeln zu ermöglichen.

Dergestalt theoretisch gewappnet, wendet sich das Autorenduo aktuellen politischen Debatten zu, um ihre liberale Urteilskraft und die der Leserin oder des Lesers im Sinne von Judith Shklar zu erproben. Besonders erhellend und anknüpfungsfähig für konkrete politische Empfehlungen ist dabei das dritte Essay, in dem Judith Shklars Unterscheidung von Verpflichtung und Loyalität auf die Fragen von Staatsbürgerschaft und Migration angewendet wird. Es ist auch naheliegend, ihre Überlegungen zu Gerechtigkeitsfragen, abgeleitet aus dem Liberalismus der Furcht, auf die politisch-gesellschaftlichen Diskussionen zum Umgang mit dem Klimawandel und auf identitätspolitische Fragestellungen anzuwenden. So sehr, wie man dem Ansatz zugutehalten muss, hier neue Perspektiven liberalen Denkens auf Topoi zu eröffnen, die sonst unter Liberalen möglicherweise eher verallgemeinernd betrachtet und abgetan werden, so einseitig parteinehmend fällt allerdings bedauerlicherweise die Positionierung von Bajohr und Trimçev aus. Das gipfelt darin, dass Judith Shklar in der Schlussbetrachtung als zur „linken Seite“ des „Spektrums“ gehörend bezeichnet und in die Nähe der Sozialdemokratie gerückt wird (vgl. S. 213). Shklar wird hier durch Bajohr und Trimçev instrumentalisiert, um deren eigenes politisches Denken zu bestätigen, wobei das zuvor Herausgearbeitete – ihr tastendes Vorgehen, ihr besonnenes Urteilen – ignoriert wird, um zum gewünschten Ergebnis zu kommen. Nicht nur tut es nicht Not, Judith Shklar dergestalt im politischen Spektrum zu verorten und sie für eine bestimmte Richtung zu vereinnahmen, was ihr letztlich auch nicht gerecht wird, es verbietet sich auf theoretischer Ebene geradezu und widerspricht zutiefst dem von ihr vertretenen und in ihrem Denken so wesentlichen Individualismus. Wer seine liberale Urteilskraft mit Judith Shklar trainiert und schärft, kann seinen Horizont und damit die Debatte erweitern, ohne auf Zuschreibungen dieser Art zurückgreifen zu müssen.

Dresden

Jana Licht



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2025/1

Christian Lammert/Boris Vormann: Das Versprechen der Gleichheit. Legitimation und Grenzen der Demokratie.

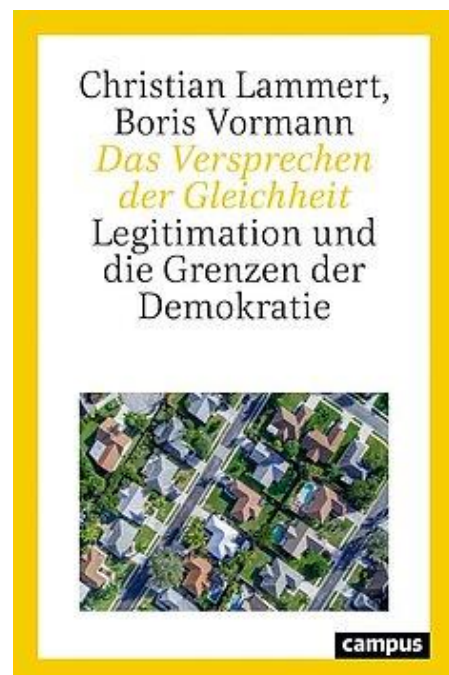
Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2022, 254 S., ISBN 978-3-593-51447-5

Keine Demokratie ohne Gleichheit. Oder etwas weniger griffig: Die liberale Demokratie feierte ihren Durchbruch, als es ihr gelang, ein Versprechen von Gleichheit einzulösen oder zumindest die Hoffnung auf gleiche Chancen in Aussicht zu stellen. So lautet die auf den ersten Blick etwas ungewöhnliche These der Politologen Christian Lammert (Freie Universität Berlin) und Boris Vormann (Bard College Berlin) in ihrer Monografie „Das Versprechen der Gleichheit“. Nun sind Demokratie und Gleichheit nicht das erste politische Begriffstandem, das dem politisch informierten Beobachter bei der Genese und Metamorphose von moderner Demokratie in den Sinn kommt.

Bevor nun der geneigte Leser dieser Rezension einen Bogen um die Lektüre eines lehrreichen Kompendiums macht, sollte er dem innovativen Zugriff auf Legitimation und die Grenzen der Demokratie eine Chance geben. Denn die politiktheoretische und -geschichtliche Neugier entzündet sich erstens an der gegen den Strich gebürsteten Prämisse des Autorenduos.

Lammert/Vormann gehen davon aus, dass das zentrale Versprechen der Moderne Gleichheit heißt. Dabei fragen sie nach dem Preis auf dem Weg zur Gleichheit und ihrer Degeneration. Zu diesem Zweck werfen die Autoren einen kritischen Blick auf die älteste – und bis vor Kurzem als stabilst gewählte – Demokratie der Welt: die USA. Die Wahl dieser Einzelfallstudie stellt ein zweites Kuriosum dar, gelten die Vereinigten Staaten mit ihrer präsidentiellen Konfiguration von Demokratie und strikten Gewaltentrennung doch fast als singulärer Fall in den Demokratietheorien. Der Blickwinkel auf die Demokratie der USA und ihrer Legitimationsgrundlagen und -krisen erschließt sich aber, da „die soziale und ökonomische Rolle des Nationalstaats vor dem Hintergrund des Trumpismus auch jenseits der USA wieder in den Vordergrund gesellschaftlicher Debatten geraten ist“ (S. 11).

Die Legitimitätskrisen der Gegenwart ließen sich nur mit einem besseren Verständnis der Legitimationsmechanismen des nach innen wirkenden Sozial- und Interventionsstaats und des nach außen vermittelnden, militärisch eingreifenden und Handel ermöglichenden Extraktionsstaats begreifen. Um ihr Argument zu entfalten, bedienen Lammert/Vormann sich dreier Konzepte in einem Beutezug durch die politische Ideengeschichte. Im Zuge von Aufklärung und Naturrecht verhalf zunächst die Idee der Gleichheit der Nationenbildung und damit (nationalstaatlicher) Identität zum Durchbruch. Mit Rekurs auf die kontraktualistische und konstitutionalistische Tradition der Politiktheorie identifizieren sie die



Schaffung von Institutionen als zweiten Faktor, um ein Versprechen der Gleichheit (materiell) überhaupt leisten zu können. Als dritte Quelle von Legitimität betrachten die Autoren Indifferenz, eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber Politik, für die Demokratie mithilfe von Umverteilung und Arbitrage systemimmanent Sorge. Im Rückgriff auf Output-Legitimation beschreiben sie Demokratie als das System, das „spezifische ökonomische Ressourcen und Güter [erzeugt], von denen die Bevölkerung profitieren und die ihnen eventuell auch erst die Möglichkeiten zur politischen Partizipation bieten“ (S. 51).

In einem dreiteiligen Ritt durch die amerikanische Wirtschafts- und Sozialgeschichte der zurückliegenden gut zweieinhalb Jahrhunderte (Frontierkonstellation, fordistische Konstellation, globale Konstellation) rekonstruieren Lammert/Vormann kenntnisreich und akribisch, dass die jungen USA ein Paradebeispiel des Extraktionsstaats gewesen und mit Ausweitung demokratischer Rechte die Mechanismen der internen Arbitrage zunehmend unter Rechtfertigungsdruck geraten seien. Mit dem Abolitionismus im 20. Jahrhundert sei die externe Arbitrage nur bedingt möglich gewesen, sodass sich zunehmend das Profil eines US-amerikanischen Sozialstaats nach eigenen Entwicklungslogiken ausgeformt habe. Die in der Nachkriegszeit bis in die 1970er Jahre dominante Umverteilungspolitik habe mit der Erschöpfung des keynesianischen Paradigmas vor dem Hintergrund exogener Schocks in Form von Ölpreiskrisen geendet. Die darauffolgende Neuskalierung extraktiver Praktiken auf globaler Ebene scheine mit den Krisen der letzten Jahre an ihre Grenzen gestoßen zu sein.

Soweit die empirische Analyse die historischen Ereignisse und Erscheinungen in geordnete narrative Bahnen lenkt, so fehlt jedoch eine politiktheoretische Perspektivierung. Das mag vielleicht nicht Ansinnen des beeindruckenden Kompendiums sein. Wenn man sich aber anschickt, Erkenntnisse über „Legitimation und die Grenzen der Demokratie“ hervorzubringen, dann kann man dem Drang nach Abstraktion (bswp. S. 210) nur nachgehen, wenn die Begriffe klar sortiert sind. Zwar betonen die Autoren bereits im Vorwort, dass „ein Blick in die politische Philosophie und Theorie [...] an mehreren Stellen im Text heilsam“ (S. 11) scheine, doch vernachlässigen sie damit das Deutungspotenzial, das die politische Theorie bereithält. Gerade im Kontext der Herausbildung der USA als „neuer Staatlichkeit“ mit einem spezifischen Souveränitätsbegriff ist es notwendig, bspw. zwischen Republik und Demokratie zu entscheiden, um den politischen Geist jenseits des Atlantiks verstehen zu können. Etwas unvermittelt erscheinen Aussagen wie „Freiheit wurde in erster Linie als Freiheit vor dem Staat verstanden und das war natürlich ganz im Interesse der weißen besitzenden Oberschicht“ (S. 113).

Schon in den Federalist Papers (1788) haben Hamilton/Madison/Jay herausgearbeitet, dass die liberale Repräsentativdemokratie der USA als historischer Kompromiss zwischen Demokratie und Repräsentation/Gewaltenteilung und als Gegenmodell zur partizipativen Direktdemokratie Rousseaus zu verstehen ist. Dafür setzten sie u. a. auf einen Minderheitenschutz, dem Lammert/Vormann in ihrer Analyse der Demokratiewerdung kaum Aufmerksamkeit schenken. Stattdessen betonen die Autoren das Gleichheitsnarrativ, ohne klarzustellen, was sie unter diesem Begriff verstehen und wozu es gut sein soll. Im Laufe der Lektüre wird der Leser gewahr, dass sie Gleichheit im Sinne von sozioökonomischen Partizipationsmöglichkeiten (Rechte, Ressourcen, Zugänge etc.) definieren. Ziemlich drastisch und einseitig spannen sie „die“ Demokratie vor den Karren „der“ Gleichheit: „Politik läuft Gefahr, zirkulär zu werden, da sie ökonomische Ungleichheiten weiter verstärkt – und somit wiederum auch den ungleichen Einfluss auf die Politik. Die Korrekturmechanismen einer Demokratie – Wahlen – werden unter diesen Voraussetzungen außer Kraft gesetzt“ (S. 206). Die implizite These lautet, dass es ein gewisses Maß an sozioökonomischer Homogenität braucht für ein Vertrauen in die etablierten politischen Entscheidungssysteme. Das 20. Jahrhundert hält einige Beispiele bereit, die – wohlgerne unter nicht-demokratischen Bedingungen – den Zusammenhang nicht bestätigen. Und so fragt man sich letztlich, wie stark der Zusammenhang zwischen (Un-)Gleichheit und Demokratie zur Legitimierung des politischen Systems wirklich sein darf, um den Sinn von Demokratie, nämlich die Verwirklichung individueller Rechte und politischer Partizipation – kurz: Freiheit – zu erhalten. Oder anders gefragt: Gibt es nicht

weitere Wege als nur Gleichheit, um Vertrauen in die Demokratie zu stiften und zu stärken? Und wie verhalten sich diese Güter zueinander? Statt hierauf Antworten zu versuchen, verstricken sich die Autoren im letzten Kapitel „Gleichheit neu denken“ (S. 213 ff.) in Widersprüche, die den politischen Zeitgeist in westlichen Gesellschaften nicht kritisch reflektieren. So sei die „progressive Identitätspolitik [...] ein erster Schritt in die richtige Richtung“ (S. 229). Legitimation könne auch durch eine „radikale Herabskalierung politischer Ökonomien“ neu entstehen, indem diese „Vorteile für Umwelt und Arbeitsmärkte, auch für bürgerliche Partizipation“ bringe (S. 233). Wenn wir den Universalismus der naturrechtlich begründbaren Rechte aufgeben und uns die Freiheit zur offenen gesellschaftlichen Entwicklung einschränken wollten, dann stellt sich die Frage, was von Demokratie noch übrigbliebe.

Dresden

Sebastian Wörfel



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

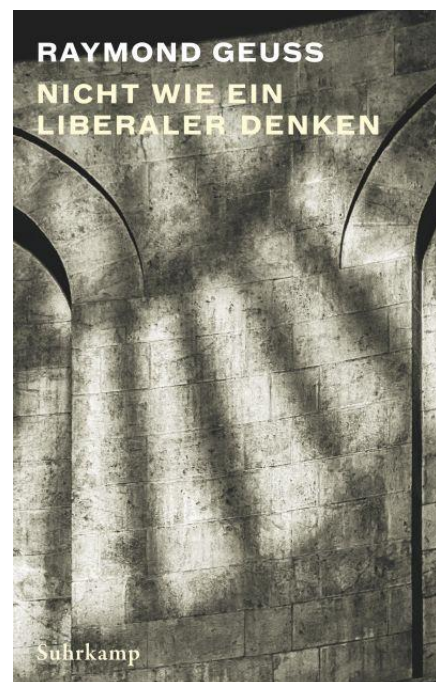


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2025/1

Raymond Geuss: Nicht wie ein Liberaler denken.

Berlin: Suhrkamp Verlag, 2023, 267 S., ISBN 978-3-518-58798-0

Der britisch-amerikanische Philosoph Raymond Geuss gilt als einer der prononciertesten Kritiker des Liberalismus der Gegenwart. Große Teile seiner wissenschaftlichen Karriere, die er bis zu seiner Emeritierung an der Universität Cambridge in England verbrachte, widmete er dem Programm, den Liberalismus als schädliche Ideologie zu entlarven. Gefangen im Käfig des liberalen Vokabulars, das die Verknüpfung einer globalen kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit einer repräsentativen Demokratie als Ende der Geschichte ausgibt und als legitime Grundlage festigt, befinde sich unser Denken seiner Auffassung nach in einer festgefahrenen Schleife. Der Liberalismus, der den politischen und philosophischen Mainstream dominiert, liefere den Herrschenden bloß ein Rechtfertigungsnarrativ für den *status quo*. In seinem neuesten Buch „Nicht wie ein Liberaler denken“ widmet er sich diesem Programm mit einem weiteren Angriff. Diesmal jedoch in einer ungewöhnlichen Form.



Geuss' aktuelles Buch ist nämlich keine wissenschaftliche Abhandlung über den Liberalismus, wie man es von ihm aufgrund seines *Œuvre* erwarten würde. Eher gleicht sein Buch autobiographischen Memorien, die mit philosophischer Reflexion angereichert werden. Sich dessen bewusst, betreibt Geuss effektives Erwartungsmanagement, wenn er in der Einleitung dem Leser vorausschickt, dass es sich bei diesem Buch „vielmehr um so etwas wie eine ethnographische Darstellung“ handle, die „eine bestimmte Nische in der Ökologie moderner Gesellschaften“ (S. 20) erkundet. Dies mildert in gewissem Maße auch die Ansprüche ab, die üblicherweise an ihn von einem Fachpublikum gestellt werden. Denn die Frage, die durch den Titel impliziert wird, beantwortet er auf eigentümliche Weise. Was genau Liberalismus sein soll, lernen wir nämlich gar nicht, auch nicht wie eine Alternative aussehen könnte. Können wir auch nicht, denn wie jede Ideologie lasse sich auch der Liberalismus nur vorläufig beschreiben. Niemals könne es eine formale Definition geben. Ähnlich wie das Christentum oder der Nationalismus besteht der Liberalismus für Geuss aus einem Ensemble von Ideen, Praktiken und Überzeugungen. Darunter zählt er Ideen wie das sich selbsttransparente Individuum, die Orientierung an Eigennutz sowie der Glaube an die Kraft der vernünftigen Deliberation. Diese Elemente des Liberalismus werden jedoch nur cursorisch abgehandelt. Auch eine Alternative zu diesem „liberale[n] Paket“ (S. 49) gibt Geuss dem Leser nicht an die Hand. Wer etwas anderes erwartet hat, wird enttäuscht.

Geuss Kritik bezieht sich jedoch nicht nur auf die Inhalte des Liberalismus, sondern zielt auch auf die liberale Denkungsart selbst ab. Sie besitze seiner Ansicht nach eine innewohnende Tendenz zum nüchternen „Beweisen“ und „Argumentieren“. Ein „Blick von Nirgendwo“ (S. 234), wie es liberale Theoretiker oft suggerieren, existiert für ihn nicht. Dieser Art des Philosophierens wirft er in Nietzscheanischer Manier einen Mangel an Rechtschaffenheit vor, da sie verkennt, wie eng verwoben unser Philosophieren mit unserer eigenen Geschichte ist. Wer dies leugne oder unterschlage, gibt sich einer Selbsttäuschung hin und betrügt schlimmstenfalls seine Leser. Was die politische Philosophie benötige, sei eine gesunde Portion an Machiavellistischem Realismus, die sie von der idealistischen Reißbrettvorstellung des Politischen löst. Für besonders verfehlt hält Geuss die „Fantasie“ eines „völlig souveränen Individuums“, dass er zu den Kernelementen des Liberalismus zählt (S. 28). Man sollte die Menschen so nehmen wie sie sind, das heißt mit ihren moralischen und kognitiven Schwächen und Unzulänglichkeiten. Geuss versucht deshalb nicht nur den Inhalt des liberalen Denkens zu kritisieren, sondern die Kritik wiederholt sich auf der Ebene des Nachdenkens über das Politische und seine Präsumtionen selbst.

Dies geschieht, indem wir uns mit Geuss auf eine autobiografische Spurensuche begeben, die zu Tage fördern soll, wieso er selbst kein Liberaler geworden ist. Die Suche beginnt in seiner Kindheit. Im Jahr 1959 wird der junge Geuss, der aus dem erzkatholischen Haushalt eines Stahlarbeiters und einer Sekretärin stammt, auf ein Internat in Philadelphia geschickt. Unter den Bedingungen des Amerikas des McCarthyismus und der Präsidentschaft Dwight D. Eisenhowers, versuchen ungarische Priester Geuss und seine Mitschüler vor den zwei weltlichen Höllen zu immunisieren: dem poststalinistischen Kommunismus mit seinen Panzern, dem sie entflohen waren, sowie dem sie umgebenden „geistlosen liberalen Kapitalismus“ (S. 2), der einer seelenlosen Wüste des *anything goes* gleichkam. Das Internat bildete so eine gegen die Außenwelt abgeschottete blühende Insel, auf der Geuss die Autoimmunkräfte entwickelte, um sowohl dem liberalen Zeitgeist als auch den autoritären Versuchungen des Realsozialismus zu widerstehen. Aufgefrischt wurden diese Kräfte, während er in New York bei Sidney Morgenbesser studierte und später in Heidelberg und Freiburg, wo er Adorno las. Dieser intellektuelle Werdegang ist nicht wiederholbar. Indem Geuss diesen Weg nachzeichnet, erinnert er uns daran, wie kontingent dieser war. Nichts an ihm war notwendig, er war aber auch nicht unmöglich. Die eigentümliche „Welt einer exilierten Habsburgischen Hochkultur“ (S. 46), in der er intellektuell reifte, ist unwiderruflich verloren. Eine Rückkehr oder gar ein Gang in seinen Spuren ist ausgeschlossen.

Das Bild, das Geuss in weiten Strecken seines Buches über den Liberalismus zeichnet, gleicht aber oft eher einer einem Strohhalm. Dieser wird aufgebaut und eignet sich als Zielscheibe für seine Kritik. Er ist überzeugt, dass der Liberalismus als vorherrschende Ideologie „in einer zunehmend unmissverständlichen Weise gezeigt“ habe, dass er „für das menschliche Wohl bestenfalls irrelevant und schlimmstenfalls aktiv schädlich sei“ (S. 236). Irritierenderweise führt er als Beispiel für diese Diagnose die fortschreitende Überwachung durch amerikanische Geheimdienste und Unternehmen an. Dass aber gerade in der Tradition des Liberalismus die Ressourcen angelegt sind, die vor solchen Gefahren schützen können, nämlich individuelle Rechte auf Datensouveränität, taucht in seinem Denkhorizont gar nicht auf. Wie auch? Dann würde er sich der Sprache der Rechte bedienen. Dem liberalen Vokabular *par excellence* also. Geuss behandelt den Liberalismus jedoch wie ein Gift, das auch in kleinen Dosen bereits eine tödliche Wirkung entfaltet. Für den deutschen und europäischen Leser schießt die Kritik am Liberalismus deshalb oft am Ziel vorbei.

Bei aller berechtigten Kritik am Liberalismus und seinen blinden Flecken muss man doch konstatieren, dass er sich wandlungs- und anpassungsfähig gezeigt und auf akute Probleme sowohl theoretisch als auch in der Praxis reagiert hat. Die fortwährende Neo-Liberalisierung des Liberalismus ist seine große Stärke. Deshalb wird das Bild, das Geuss vom Liberalismus zeichnet, den vielfältigen zeitgenössischen Liberalismen nicht gerecht. Zudem wird unterschlagen, dass neben dem anglo-amerikanischen Liberalismus in seiner realgeschichtlichen Form auch eine Alternative auf dem alten Kontinent existiert, die

zwar auch von Krisen und Problemen heimgesucht wird, jedoch auch das Potential hat, diese mit einer Rückbesinnung auf die liberale Tradition zu begegnen. Die kontinentaleuropäischen Demokratien kommen mit einem hohen Maß an Sozialstaatlichkeit, Zugang zu einem Gesundheitswesen und Hochschulen, die vielen Bürger offenstehen, einem realen Liberalismus, den es zu verteidigen gilt, näher als das Bild, das dem Autor vorschwebt.

Sein persönlicher Wunsch, zur Schreibmaschine und Telefonzelle zurückzukehren, wirkt in diesem Kontext deshalb nicht nur komisch, sondern auch tragisch, angesichts der Herausforderungen, vor denen liberale Gesellschaften heute stehen. Auch wenn Geuss das Bewusstsein dafür hat, dass dieser Wunsch illusorisch ist. Der Tragik dieser unerfüllbaren Sehnsucht, in diese Zeit zurückzukehren, unterliegt ein großer Teil seines Buches. Seine desillusionierende Perspektive scheint der sie produzierenden Hoffnungslosigkeit nur mit Nostalgie zu begegnen. Was bleibt, ist deshalb ein Plädoyer zum nicht liberalen Denken, das sich von der Erinnerung an die Internatszeit nährt und eine gewisse Ratlosigkeit gegenüber zeitgenössischen Entwicklungen, die sich aus der bloßen Negation des liberalen Denkens speist. In diesem Sinne erweist sich Geuss als treuer Schüler Adornos. Seine Ausführungen sind keine Anleitung. Sie eignen sich nicht als Ratgeber. Was bleibt ist die Sehnsucht nach einem anderen Weg. Vielleicht wäre dieser Weg in einem selbstreflexiven liberalen Denken angelegt. Dann wäre das Problem nicht ein zu viel an liberalem Denken, sondern ein zu wenig. Vielleicht haben wir nur noch nicht konsequent liberal gedacht?

Berlin

Alexander Schwittek



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



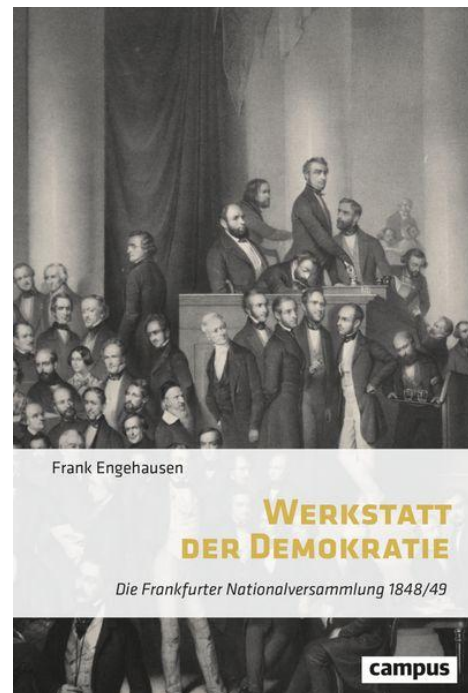


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2025/1

Frank Engehausen: Werkstatt der Demokratie. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49.

Frankfurt a.M./New York: Campus, 2023, 355 S., ISBN 978-3-59351-651-6

Das doppelte Jubiläumsjahr der Revolution 1848/49 hat zahlreiche Tagungen und in der Folge viele Publikationen über die Ereignisse vor 175 Jahren inspiriert. Dabei war auffällig, wie sich allmählich die Perspektive verschoben hat. Denn die Verdienste der Liberalen, die insbesondere in den zum 150. Gedenken im Jahr 1998 publizierten Bänden, allen voran dem Frankfurter Ausstellungskatalog „Aufbruch zur Freiheit!“ herausgestellt wurden, sind nunmehr in den Hintergrund gerückt. In den jüngsten Veröffentlichungen standen weniger die liberalen Wortführer als vielmehr die Revolutionäre im Vordergrund. Kurz: Der Akzent der historischen Forschung und der öffentlichen Erinnerung hat sich von der Paulskirche zur Barrikade verschoben. So begegnete man – vor allem in dem Buch „Die Flamme der Freiheit“ des Literaturwissenschaftlers Jörg Bong – der Ansicht, dass die echten Fortschrittsfreunde unter den Demonstranten und die Revolutionsverhinderer in den Parlamenten zu finden gewesen seien. Erstere seien die vorbildlichen Demokraten und letztere die reaktionären Liberalen gewesen.¹



Diesem Eindruck wirkt ein Band entgegen, der sich ganz intensiv mit der Frankfurter Paulskirche befasst und den der Heidelberger Historiker Frank Engehausen, ein versierter Experte der deutschen und badischen Revolutionsgeschichte vorgelegt hat. Nur durch systematische Durchsicht der mehrere tausend Seiten der Paulskirchenprotokolle war ein solches Werk möglich, das eine ungemeine Bereicherung der Forschung und eine phantastische Fundgrube zugleich darstellt.

In zwei umfangreichen Kapiteln wird der Paulskirche als „Ort demokratischer Praxis“ (S. 19-174) und den Herausforderungen der Demokratie (S. 175-319) nachgegangen. Der Band besticht durch seine sorgfältigen Recherchen ebenso wie durch die immer wieder überraschenden Trouvaillen. Im ersten Teil geht es um den Ort, die Abgeordneten, die Abläufe, die Regierungen und die Öffentlichkeit; der zweite Abschnitt behandelt die Themen nach den Stichworten „Freiheit“, „Gleichheit“, „Nationalstaat“

¹ Dazu Ewald Grothe: Die Fackel soll auch in unsere Zeit getragen werden. Der verspätete Jubel über die Flamme der Freiheit hat eine antiparlamentarische Pointe. Zur Neubewertung der Revolution von 1848. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.3.2024.

und „Volksouveränität“. Alltagsgeschichtlich besonders eindrucksvoll sind die Darstellung der Karikaturen und Satiren oder auch der Sitzungen, der Geselligkeit sowie des Publikums. Hier kommt natürlich der legendäre fiktive Abgeordnete Piepmeyer zur Sprache, in dessen karikiertem Agieren sich viele Eigentümlichkeiten der damaligen Parlamentarier wiederfinden. Neben dem Parlamentarismus- und Alltagshistoriker profitiert schließlich auch der Verfassungshistoriker von Engehausens Recherche und Darstellung. Die Diskussion der Grundrechte und der Ausgestaltung des Nationalstaats wird ausführlich dargestellt. Im Anhang werden die Grundrechte der Reichsverfassung von 1849 abgedruckt, deren Bedeutung vor allem in ihrer Langzeitwirkung bis hin zum bundesdeutschen Grundgesetz lag.² Dem Text sind zudem mehr als fünfzig schwarz-weiße Abbildungen beigelegt. Einzig ein Personen- und Sachregister vermisst man, was bei dieser Materie besonders hilfreich gewesen wäre. Denn schließlich dient diese Darstellung nicht zuletzt auch als ein ausgezeichnetes Nachschlagewerk. Durch Engehausens Studie wird die Erforschung der Deutschen Nationalversammlung von 1848/49 zwar nicht unbedingt mit (revolutionär) neuen Erkenntnis bereichert, aber die Bündelung von Funden aus den Parlamentsprotokollen und ihre Interpretation auf der Höhe der Forschung ist ein großer Gewinn und regt überdies zu weiteren Untersuchungen an.

Gummersbach/Wuppertal

Ewald Grothe



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

² Vgl. auch Ewald Grothe: „Die kleine Münze der Freiheit“. Zur Grundrechtsdiskussion in der Paulskirche. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 36 (2024), S. 117-132.

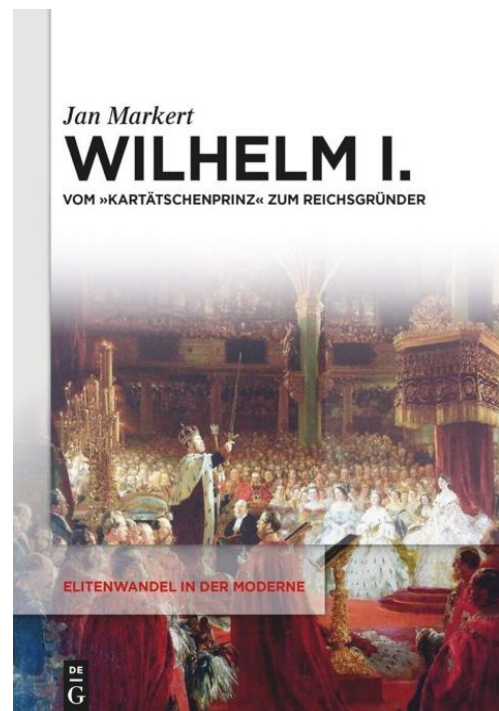


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2025/1

Jan Markert: Wilhelm I. Vom „Kartätschenprinz“ zum Reichsgründer.

Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2025, 768 S., ISBN 978-3-11-132358-9

Jan Markert lässt an keiner Stelle Zweifel daran, was er mit seinem Buch zu Wilhelm I. erreichen will: eine Revision der preußischen und deutschen Geschichte sowie endlich historische Gerechtigkeit für seinen Protagonisten. Denn der erste Hohenzollernkaiser habe bislang zu Unrecht in Bismarcks Schatten gestanden, was auf ein bis heute existierendes „chronische[s] Bismarckproblem“ der Forschung zurückzuführen sei. Letztere diskreditiert Markert als „moderne, vermeintlich kritische Geschichtswissenschaft“, die nicht nur unter einem „Bismarckzentrismus“, sondern sogar einer „Bismarckgläubigkeit“ leide, der auch „unterkomplexe Narrative“ und Bezeichnungen wie die „Ära Bismarck“ oder das „Bismarckreich“ zu verdanken seien (S. 3 f.). Bisherige Darstellungen zum Leben Wilhelms entsprächen „nicht einmal wissenschaftlichen Standards“, da es an systematischer und gewissenhafter archivalischer Quellenarbeit besonders mit Wilhelms Nachlass fehle, die Markert in einer kaum mehr als sieben Seiten langen Einleitung hingegen für sein Buch ankündigt (S. 4 f., 8 f.).



Im Blick hat Markert vor allem Wilhelms Privatkorrespondenz. Imposante 9310 Briefe Wilhelms habe er ausgewertet, von denen 6930 unpubliziert oder von der Forschung nur sinnverändernd wiedergegeben worden seien – Beispiele für Letzteres fehlen. Umso überraschender ist es, dass Markert dennoch hauptsächlich auf bereits publizierte Briefe Wilhelms zurückgreift. In den Fußnoten angeführt sind nämlich 706 edierte Briefe, 463 von Archivaren und Historikern erstellte händische Abschriften und lediglich zwölf Originalbriefe, die der Forschung allerdings bislang auch nicht durchweg unbekannt waren. Das besondere Interesse des Rezensenten am Briefwechsel zwischen Wilhelm und August von der Heydt führte außerdem zu dem ernüchternden Ergebnis, dass die Akte im Quellenverzeichnis zwar aufgeführt, aber nicht verwendet wurde. Die anschließende Probe ergab, dass dies sogar auf jede siebte Akte zutrifft.

Markert begleitet Wilhelm zwar nicht von der Wiege bis zur Bahre, aber dafür doch immerhin über siebzig Jahre. Der überwiegende Teil des Buches ist darauf angelegt, Wilhelm gegen die längst dekonstruierte Legende von Bismarck als übergroßem „Reichsgründer“ in Stellung zu bringen: Nicht Bis-

marck, sondern Wilhelm setzte Deutschland in den Sattel, lautet die zentrale Botschaft Markerts. Wilhelm habe angetrieben von einer Revolutionsparanoia und der Angst um Leib und Leben in der Märzrevolution 1848 eine „kohärente, konsistente und persistente Agenda“ (S. 227), „ja ein konzeptuelles Mehrebenenprojekt“ (S. 715) entworfen, um sich den weitverbreiteten Forderungen nach Konstitutionalisierung monarchischer Herrschaft und deutscher Einheit zum Zwecke der hohenzollernschen Herrschaftssicherung und der Revolutionsprophylaxe zu bemächtigen. Mit der Übernahme der Regentschaft für seinen erkrankten Bruder konnte Wilhelm 1858 dann endlich ans Werk gehen und damit beginnen, seine Agenda in die Tat umzusetzen – mit einem „persönlichen Regiment“ (S. 397), genau wie es auch schon der von Markert übergangene Karl Heinz Börner 1984 in seiner Wilhelm-Biografie betonte,¹ und ab 1862 mit Bismarck als lediglich willfähriges, ausführendes Werkzeug des königlichen Willens. Die für politische Akteure typischen komplexen Interaktionen, darunter das Überzeugen, Verhandeln, Beeinflussen und Manipulieren, bleiben bei Markert unterbelichtet zugunsten des Primats seines Protagonisten als zentraler und alleiniger Entscheidungsfaktor. Hierbei ist die Binsenweisheit von der strukturellen Abhängigkeit des Ministerpräsidenten von der Gunst des Königs eins der wiederkehrenden Argumente Markerts, um das Verhältnis zwischen Bismarck und „seinem Souverän“, wie Markert meist betont, auf das von Herrscher und Untertan zu reduzieren (u.a. S. 527 f., 651, 668, 694, 697, 703 f., 719). Größtenteils uninspiriert ist die Darstellung von liberal-bürgerlicher Nationalbewegung und Parlamentsmehrheit im Verfassungskonflikt: Ihre Akteure sind reine Stichwortgeber, um Wilhelm in Szene zu setzen, Einzeläußerungen werden als Kollektivpositionen betrachtet und die liberale Oppositionspolitik durchweg als Eskalationspolitik interpretiert (S. 468, 496, 512, 531, 540, 689 f.). Aber so ist zumindest nachvollziehbar, wenn Markert die Reichsgründung „weniger als Folge einer vermeintlich von bürgerlich-liberalen Interessen oder gar ökonomischen Zwängen vorangetriebenen Entwicklung charakterisiert“, sondern „mehr als monarchiehistorische[n] Prozess“ – initiiert und maßgeblich durchgeführt von seinem Protagonisten (S. 721).

Insgesamt zeichnet Markert ein Bild von „Wilhelm dem Großen“, der nicht nur König und Militär, sondern zugleich auch Strippenzieher, gewiefter Politiker und Staatsmann war, der sich nicht beeinflussen, reinreden oder gar hereinlegen ließ, der planvoll und umsichtig durch innen- und außenpolitisch stürmische Gewässer navigierte, nicht zu unüberlegten Manövern neigte und strategische Missgeschicke, wo er sie sich leistete, früher oder später selbst zu korrigieren wusste. Dazu passt auch Markerts Übernahme von „Allerhöchster“ aus der Quellsprache (u.a. S. 397, 453, 460, 466, 472, 490, 498, 500). Mit diesem posthumen Bild wäre wohl zweifelsohne auch Wilhelm zufrieden gewesen, wie man seinen vielen repetitiven und von sich eingenommenen Äußerungen entnehmen kann, denen Markert allein in mehr als 150 überlangen, zwischen acht und 18 Zeilen umfassenden Zitaten mehr als hinreichenden Platz einräumt (u.a. S. 74, 191, 211, 262, 292, 492, 520, 569, 601, 637, 683, 686, 711).

Den „überschießenden Revisionismus“, mit dem Markert seinem Anliegen einer „Totalrevision“ (S. 719) einen Bärendienst erweist, hat Eckart Conze bereits benannt.² Nicht weniger schadet sich Markert allerdings mit seiner Methode, die an dem Zustandekommen seiner Ergebnisse zweifeln lässt: Denn Quellen, die in der Forschung längst bekannt und mitunter verschiedentlich ausgelegt wurden, präsentiert er als Neuentdeckung, die nur seine Deutung zulassen würde. Immer wieder entsteht so der Eindruck, er hätte vieles erstmalig und aus den Quellen erarbeitet, nicht nur aufgrund seiner Formulierungen, sondern auch wegen der fehlenden oder nur sporadischen Bezüge zur Forschungsliteratur sowie deren verzerrter Wiedergabe. Besonders auffällig wird das dort, wo er mit seiner Deutung Wilhelms auf die etablierte (Bismarck-)Forschung trifft, wie sich an der Septemberkrise 1862 beispielhaft zeigen lässt. Dort attestiert er pauschal einer ganzen Schar an Historikern lediglich „unkritisch“

¹ Karl Heinz Börner: Kaiser Wilhelm I. 1797–1888. Deutscher Kaiser und König von Preußen. Eine Biographie. Köln 1984.

² Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 62, 14.3.2025, S. 12.

aus Bismarcks Memoiren „abgeschrieben“ zu haben und bis heute ein Narrativ zu verbreiten, laut dem Bismarck als „messianischer Retter inmitten einer aussichtslosen Situation“ dem König die Krone „gerettet“ und dafür „politische Narrenfreiheit“ erhalten habe (S. 507, 518). Mit der axiomatischen Behauptung einer handwerklichen Fehlleistung seiner Vorgänger entzieht sich Markert daraufhin weitgehend der Auseinandersetzung mit deren Argumenten. Natürlich hat Lothar Gall – um einen der getadelten Historiker herauszugreifen – eine historisch-kritische, präzise prüfende und sorgsam abwägende Analyse der Darstellung Bismarcks vorgenommen. Gänzlich unzutreffend sind auch die Behauptungen Markerts, Gall habe auch nur sinngemäß von „Narrenfreiheit“ oder der profanen Unterordnung Wilhelms unter Bismarck gesprochen.³ Geradezu befremdlich ist, dass Gall nicht nur falsch wiedergegeben, sondern auch seine Forschungsleistung nicht gewürdigt wird: Er hat in seiner Bismarck-Biografie viel Wert darauf gelegt, nachzuzeichnen, wie sehr Bismarck die intransigente Haltung des Königs sowie die Widerstände und Einschränkungen im Umgang mit ihm zunächst unterschätzte und sich nach seiner Berufung immer wieder darum bemühte, Wilhelms Gunst nicht zu verlieren. Markert eignet sich das unter anderem für ein ganzes Kapitel an (S. 524–541), um Wilhelms Autonomie zu unterstreichen, ohne hierfür auf Gall zu verweisen. Da sich Markert weniger mit der Forschung, sondern mehr mit Bismarcks Memoiren auseinandersetzt, hat er dafür leichtes Spiel deren Schwächen aufzuzeigen, so dass er unter anderem auch die vor 97 Jahren von Egmont Zechlin⁴ bereits widerlegte „periculum-in-mora“-Legende, die sich freilich viel zu lange gehalten hat, zielsicher entkräftet (S. 517). Gleichwohl übernimmt Markert hierbei hinsichtlich Quellenauswahl, -anordnung und -interpretation mehr vom beneidenswert scharfsinnigen Kurt Promnitz, als er kenntlich macht (S. 518 f.).⁵

Nicht weniger verwunderlich ist, dass Markert den Auftakt zu seiner (vermeintlichen) Neuinterpretation der Septemberkrise 1862 mit der wohlbekannten Geschichte bestreitet, wie Bismarck schon im Frühsommer 1862 vom König erwogen wurde – ganz so, als sei sie neu und nicht bereits seit fast 100 Jahren von der kurz zuvor von ihm getadelten Forschung wiederholt und auf derselben Quellengrundlage behandelt worden, was unerwähnt bleibt (S. 507–509). Ebenfalls keine Erwähnung findet, dass vieles, das Markert darauffolgend zur vermeintlichen Berichtigung der „unkritischen“ Historiker anführt, von diesen bereits herausgearbeitet wurde, insbesondere auch, dass Bismarck Wilhelm sagte, was er hören wollte, um berufen zu werden (S. 520 f.).⁶ Nur aufgrund eigener Kenntnisse kann man erkennen, dass Markerts Ausführungen zum Handeln Wilhelms im September 1862 und seiner vermeintlich nur gespielten Abdankungsbereitschaft im Wesentlichen auf Wilhelm Treue aufbauen, dessen Aufsatz man lediglich in einer entfernten Sammelfußnote findet und den man Markerts vorherigen Inhalten eigenständig zuordnen muss (S. 518).⁷ Gänzlich unberücksichtigt ist, dass seit jeher und besonders in der älteren Forschung mit feingliedrigen Argumenten zum Abdikations(un)willen Wilhelms miteinander gerungen wurde. Die von Wilhelm eigenhändig verfasste Abdankungsurkunde wird sogar nur in zwei Sätzen gestreift und ihr wird sonst keinerlei Bedeutung beigemessen (S. 520). Die sich häufenden Aussagen Wilhelms zu seiner bedingten Abdikationsbereitschaft werden lediglich fortwährend als meisterhafte Winkelzüge interpretiert (S. 514 f., 516 f., 519 f.) oder gleich ausgespart, etwa in einem Brief von Alexander von Schleinitz an Augusta (S. 517). Markert will in seiner Darstellung nicht

³ Vgl. Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär. Frankfurt am Main 1980, S. 244–247.

⁴ Egmont Zechlin: Rezension von: Bismarck, Die Gesammelten Werke. Politische Schriften. Bd. 3, bearbeitet von Herman von Petersdorff. Berlin 1925. In: Historische Zeitschrift 138/2 (1928), S. 383–388, S. 387 f.

⁵ Vgl. Kurt Promnitz: Bismarcks Eintritt in das Ministerium. Berlin 1908, S. 225–235.

⁶ Vgl. bspw. Erich Eyck: Bismarck. Bd. 1. Erlenbach-Zürich 1941, S. 416; Otto Pflanze: Bismarck. Bd. 1. Der Reichsgründer. München 1997, S. 181.

⁷ Vgl. Wilhelm Treue: Wollte König Wilhelm I. zurücktreten? In: Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte 51 (1939), S. 275–310.

den leisesten Zweifel an Wilhelms vollständiger Kontrolle in der Septemberkrise 1862 aufkommen lassen.

Unbedarften Leserinnen und Lesern präsentiert Markert die bekannte Marginalnotiz zu dem Immediatbericht des Staatsministeriums vom 21. September 1862, in der Wilhelm nach dem Gespräch mit Bismarck in Babelsberg Abstand von seiner Abdikationsankündigung nahm, als „eine Marginalnotiz auf ein Ministerschreiben“ anhand des seit 96 Jahren bekannten, hier nur in der Schreibweise abweichenden archivalischen Originals. Dasselbe macht Markert mit dem seit 95 Jahren bekannten Brief Wilhelms an Augusta vom 23. September 1862 – er gibt keinerlei Hinweise auf den wiederholten Abdruck und die Berücksichtigung beider Quellen durch die Forschung für das Verhältnis zwischen Wilhelm und Bismarck (S. 519 f.). Inwiefern Markerts Quelleninterpretation nun gegenüber denen anderer Historiker abweicht und zutreffend(er) ist, wird nicht erläutert. Anscheinend soll das Vorbringen von vermeintlich unbekannten und unbeachteten Quellen aus der Feder Wilhelms genügen, um einer „bismarckgläubigen“ Geschichtswissenschaft die Augen zu öffnen. In diese Kategorie fällt auch ein mit Bleistift geschriebener, undatierter und nur mit Stichpunkten versehener Zettel Wilhelms, den Markert kurzerhand zum „Regierungsprogramm“ erklärt, mit dem sich Bismarck ein „programmatisches Zwangskorsett“ angelegt haben soll (S. 520, 523) – eine These, die zurückhaltender bereits Andreas Kaernbach 1991 auf Grundlage derselben, von ihm entdeckten Quelle formuliert hat, dessen Forschungsleistung für Markert ein zentrales Argument darstellt und die er mit einem zaghaften Vergleichsverweis honoriert.⁸ Für die Interpretation relevante Besonderheiten der Quelle, etwa Materialität, Form und Überlieferung, erörtert Markert nicht. Ein Vergleich mit programmatischen Festlegungen früherer Ministerpräsidenten oder Regierungen findet nicht statt. Ob Bismarck oder Wilhelm bei Differenzen je auf dieses angebliche „Regierungsprogramm“ rekurrierten, wird nicht behandelt, sondern stattdessen werden nur vage Äußerungen von Dritten angeführt (S. 520 f.). Schade ist, dass Markert aus dem seiner Ansicht nach so wichtigen „Regierungsprogramm“ ausgerechnet den Stichpunkt „keine Juden als Richter“⁹ auslässt und an keiner Stelle im Buch problematisiert, insbesondere dann, wenn es mit den schon erwähnten dicht aufeinanderfolgenden, überlangen Zitaten in diesem Kapitel reichlich Kürzungspotenzial gegeben hätte (u.a. S. 510, 511, 513, 514, 515).

Geradezu tückisch für Nicht-Spezialisten sind Argumente, die sich plausibel lesen, sich aber bei genauerer Quellenkenntnis als substanzlos erweisen: Beispielsweise will Markert die königliche Regierungs- und Entscheidungshoheit damit belegen, dass Wilhelm Bismarck im Kronrat am 5. Oktober 1862 angewiesen habe, das budgetlose Regime in seinem und nicht des Königs Namen zu erklären, was Bismarck am 13. Oktober getan habe (S. 529). Markert gibt das Kronratsprotokoll nicht nur falsch wieder – es ging gar nicht um die Ausrufung des budgetlosen Regimes und Bismarck wurde instruiert, eine Erklärung in seinem, aber nicht im Namen der Regierung abzugeben –, sondern er verknüpft diese Anweisung trotz der hilfreichen Erläuterung des Editors Rainer Paetau auch mit der falschen Rede. Tatsächlich handelte Bismarck nämlich gegen die königliche Instruktion, indem er am 7. Oktober im Parlament ausdrücklich die Erklärung „nicht im eigenen Namen allein, sondern in dem des Staats-Ministeriums“ vortrug.¹⁰ Der Vorgang steht Markerts Aussage also diametral entgegen.

Bei den genannten Monita fallen andere kaum ins Gewicht: Fehler bei Namensnennungen in Text und Fußnoten („Friedrich Hamacher“; „Karl Ringhofer“, „Klaus Hildebrandt“), bei politischen Zuordnungen (S. 505, 667), den Lesefluss störende und eigenartige Schreibweisen wie „ohne-wenn-und-aber“ (u.a.

⁸ Vgl. Andreas Kaernbach: Bismarcks Konzepte zur Reform des Deutschen Bundes. Göttingen 1991, S. 9, 158–160.

⁹ GStA PK, VI. HA Familienarchive und Nachlässe, NI Karl Ludwig Zitelmann, Nr. 2, Bl. 15.

¹⁰ Vgl. Rainer Paetau (Bearb.): Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38. Bd. 5. Hildesheim 2001, Nr. 258; Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten. 7. Legislaturperiode, 1. Session. Bd. 4. Berlin 1862, S. 2127 (Zitat).

S. 362, 455, 580), falsche Substantivierungen (u.a. S. 152, 175, 528, 651), semantische Fehler in Hauptaussagen wie „entgegenarbeiten“ statt „zuarbeiten“ (u.a. S. 238, 396, 422, 638, 719) und nicht endende Zitate (u.a. S. 67, 217, 377, 656). Als zumindest gewöhnungsbedürftig, wenn nicht einer wissenschaftlichen Arbeit unangemessen, dürften wohl einige die ständig eingeschobenen englischen Formulierungen empfinden: u.a. „When in doubt, always blame Augusta“ (S. 509), „sales pitch“ (S. 524), „was the rule of the game“ (S. 392), „street-level-Lackmustest“ (S. 192), „almost-Herrscher“ (S. 380, 382), „almost-Parlament“ (S. 560). Ärgerlich ist zudem, dass Historiker im Personenregister nur gelegentlich und die relevanten Textstellen auch nicht vollständig erfasst sind.

Den Anspruch der vorbildlichen kritischen und gewissenhaften – vor allem archivalischen – Quellenarbeit und der hohen wissenschaftlichen Standards in selbstgewählter Abgrenzung zu seinen Vorgängern auf dem Gebiet der preußischen und deutschen Geschichte kann Markert nicht einlösen. Dabei sind Gründlichkeit und Nachvollziehbarkeit essenziell für die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft allgemein und der einzelnen Forscherinnen und Forscher im Besonderen. Empfohlen ist die Lektüre allen, die die beispielhaft aufgeführten Beanstandungen an Markerts Buch nicht stören oder mit ihnen umzugehen wissen und mit der oft beißenden Polemik und der Effekthascherei zurechtkommen. Die leicht zugänglichen Hauptthesen machen das Buch gut lesbar, die schiere Menge an monotonen Wilhelm-Zitaten wiederum oftmals langatmig. Wertvoll für die Forschung sind die Querbezüge zu den anderen europäischen Monarchien. Wer allerdings hofft, nach mehreren Aufsatzpublikationen Markerts, in denen er die zentralen Inhalte des Buchs zum Großteil fast wortgetreu bereits vorab veröffentlichte, nun einen unvoreingenommenen und ausgewogenen Umgang mit den Quellen sowie eine eingehende Beschäftigung mit den Argumenten der Forschung statt pauschaler Zurückweisung zu erhalten, wird auch von den 768 Seiten nicht überzeugt werden. Es erschließt sich dem Rezensenten nicht, wieso bei der Publikation einer wissenschaftlichen Qualifikationsarbeit in einer angesehenen wissenschaftlichen Reihe mit dem Ziel einer Revision bisheriger Deutungen einer laut Autor fast durch und durch „bismarckgläubigen“ Zunft ausgerechnet am wissenschaftlichen Apparat und der soliden Auseinandersetzung mit der Forschung gespart wurde.

Petersberg

Robin Simonow



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2025/1

Norbert Böhnke / Jane Unger (Hrsg.): Rudolf Haym 1848/49. Erinnerung an einen liberalen Revolutionär.

Göttingen: Wallstein Verlag, 2025 (Beiträge zur Geschichte der Demokratie und Erinnerungskultur Bd. 2), 128 S., ISBN 978-3-8353-5834-8

Die Suche nach demokratischer Tradition in Deutschland nimmt kräftig an Fahrt auf: Neben den „100 Köpfen der Demokratie“ der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus und der „Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratie“ ist es vor allem die vor kurzem gegründete „Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte“, die den staatlichen Auftrag zur Entdeckung neuer Kristallisationszentren demokratischer Willensbildung in der Geschichte übernommen hat. Das Risiko derart überwältigender erinnerungskultureller Sehnsucht besteht in der Gefahr der Glättung ambivalenter historischer Entwicklungen. Es lässt sich beispielsweise trefflich darüber streiten, wieviel die aktuell gewürdigten Bestrebungen der Bauernschaft vor 500 Jahren mit der heutigen liberalen Demokratie der Bundesrepublik zu tun haben. Reiht man den Freiheitskampf der Bauern 1525 und deren Forderungen nach neuer Rechts- und Gesellschaftsordnung in eine vorbehaltlos positiv verstandene Tradition der Demokratieentwicklung ein, sieht man wohl geflissentlich über Gewaltakte und Bilderstürmerei hinweg. Ähnlich die Erinnerung an den 175. Jahrestag der Revolution von 1848/49, bei dem sich der Fokus vermehrt auf den 18. März richtete, weniger auf den 18. Mai, obwohl dieser mit der Ausarbeitung von wegweisenden Menschenrechts- und Verfassungsartikeln bis heute unmittelbar nachwirkt.

Ohne Zweifel aber ist es von Gewinn, die historische Urteilskraft durch größere Kenntnis und Diskussion historischer Vorgänge zu schärfen. Deshalb ist die Initiative der Stadt Halle im vergangenen Jahr vorbehaltlos zu begrüßen, die den 175. Jahrestag der „Note der Achtundzwanzig“ zum Anlass nahm, einen der einflussreichsten liberalen Publizisten des 19. Jahrhunderts zu würdigen: Rudolf Haym. 1849 hatten sich in dieser „Note“ 28 Bundesstaaten auf die von der Nationalversammlung in der Paulskirche ausgearbeitete Verfassung und das Angebot der Krone an den preußischen König verpflichtet. Die Zustimmung der Staaten blieb, wie bekannt, ohne Wirkung, Friedrich Wilhelm IV. lehnte ab, seine Legitimation aus Händen der gewählten Abgeordneten des deutschen Volkes begründen zu lassen. Über das Geschehen in der Paulskirche und die Beratungen der Nationalversammlung wurden die Zeitgenossen damals aus erster Hand informiert: In aller Ausführlichkeit und mit großer Empathie beschrieb Rudolf



Haym, selbst Abgeordneter der Casino-Fraktion der gemäßigten Liberalen, den parlamentarischen Prozess, die Haltung der Akteure und deren Argumente – eine Darstellung in drei Bänden, die bereits 1848/1849 erschien und in großer Auflage Verbreitung fand. Als Chronist, mehr noch als durchaus analytischer Publizist prägte Haym die Geschichtsbilder einer ganzen Generation des liberalen Bürgertums.

Der vorliegende Sammelband vereint die Grußworte und Beiträge der Erinnerungsveranstaltung, die am Jahrestag der diplomatischen Regierungsnote, eben am 14. April, in Halle an der Saale stattfand und Rudolf Haym gewidmet wurde. Angereichert wird der Band durch weitere Essays, die das wissenschaftliche Œuvre und das publizistische sowie politische Wirken des Liberalen in den Blick nehmen. Dazu gehört die fundierte Analyse von Giancarlo Magnano San Lio über Hayms Changieren zwischen Politik und Schriftstellerei. Die Erfahrungen, die Haym als eher Intellektueller denn Politiker machte, gründeten auch seine erfolgreichen Werke als Geisteswissenschaftler – etwa „Hegel und seine Zeit“ (1857) und besonders die bis heute maßgebliche voluminöse Herder-Biographie (1880/1885). Einen spannenden Einblick in das gesellschaftliche Netzwerk und das protestantische Milieu, das bis in die Bundesrepublik nachwirkt, geben die familiären Erinnerungen von Barbara Picht. Zwei in der Universitäts- und Landesbibliothek überlieferte Wählerbriefe an Haym runden die Publikation anschaulich ab.

Ist Haym ein zuverlässiger „Erinnerungsort der Demokratie“?, fragt die Leiterin des Stadtmuseums Halle in ihrem Beitrag skeptisch. Dies ist unbedingt zu bejahen, sofern man Geschichte nicht nur als Steinbruch zur dogmatischen Bekräftigung aktueller politischer Vorstellungen nutzen möchte. Vielmehr sei Haym ein „Vorkämpfer von Freiheit und Bürgerrechten“, so die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas 2024 im Geleitwort des Bandes. Dies war der Publizist und Wissenschaftler Haym sicher, mit der Feder, mit Analysen und Gedanken – weniger wohl als Politiker, wie Karl-Heinz Paqué in seinem Beitrag feststellt. Dies deckt sich mit Hayms eigener Einschätzung, schließlich habe er in der Nationalversammlung 1848/49, in der er den Wahlkreis Eisleben vertrat, „kein einziges Wort“ gesagt. Glücklicherweise mehr Worte machte er dann als Chronist der Paulskirche und später vor allem auch als Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher“, mit denen er die öffentliche Meinung und weite Teile des dominierenden liberalen Milieus ein gutes Jahrzehnt lang von 1858 bis 1867 prägte.

Im Nachspüren von Hayms liberalen Positionen erweist sich hierzu der Aufsatz von Alan Kahan erhellend, der Haym als „klassischen Klassiker“ des liberalen Zentrums einzuordnen sucht. Problematisch ist allerdings, dass dieser ursprünglich bereits 1989 veröffentlichte Beitrag nicht aktualisiert werden konnte. So differenziert nämlich Kahan die publizistischen Äußerungen Hayms analysiert, so fragwürdig bleibt deren Einordnung in die Geschichte von Nachmärz und liberaler Bewegung. Denn die Forschungsdebatten der 1980er Jahre – etwa über Deutungen der 48er Revolution und die Reichsgründung bei Hans-Ulrich Wehler (1972) oder Geoff Eley und David Blackbourn (1980) – sind inzwischen anderen Kontroversen gewichen, und selbst die fulminante Geschichte der liberalen Bewegung aus der Feder Dieter Langewiesches (1988) ist noch nicht berücksichtigt. Kahans Beitrag macht deshalb bei aller immanenten Stringenz das Fehlen einer aktuellen Biographie zu Rudolf Haym schmerzlich bewusst.

Haym gehörte zu den gemäßigten Liberalen, er war konstitutionell orientiert, weder der Protest auf den Barrikaden der März-Revolution noch die – letztlich erfolglose – gewaltbereite Unbedingtheit eines Friedrich Hecker waren seine Sache. Für ihn gehörte zum Erfolg der Revolution der Blick auf die Realität, mithin der Ausgleich und notwendige Kompromiss mit den Trägern der Macht; er zielte auf Reform, nicht Umsturz. Dieser Position der Realpolitik blieb er auch später treu, etwa bei der Bismarckschen Lösung des Indemnitätskonfliktes mit den Liberalen 1866: Dass die Regierung nun anerkannte, bei der Aufstellung des Wehretats nicht verfassungsgemäß gehandelt zu haben, wertete Haym als Sieg

der Liberalen und pragmatische Bestätigung künftiger rechtsstaatlicher Entwicklung. Diesem optimistischen Blick stimmten bekanntlich nicht alle Liberalen zu – mit dem Ergebnis einer für die deutsche Geschichte folgenreichen Spaltung des organisierten Liberalismus. Nimmt man alles zusammen, handelt es sich bei der Publikation um ein gelungenes Unterfangen und verdienstvolles Gedenken an Rudolf Haym – ein hervorragendes Beispiel, auf welche Weise aufgeklärte Erinnerungskultur produktiv und zugleich kritisch geleistet werden kann.

Berlin/Potsdam

Wolther von Kieseritzky



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



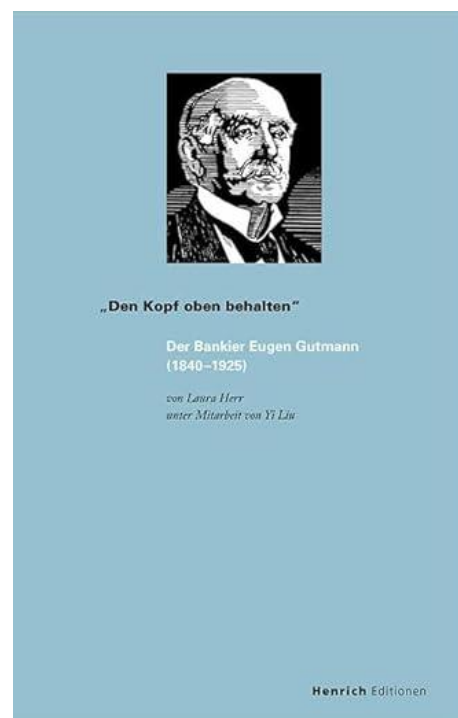
Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2025/1

Laura Herr (unter Mitarbeit von Yi Liu): „Den Kopf oben behalten“. Der Bankier Eugen Gutmann (1840-1925).

Frankfurt am Main: Hentrich Editionen, 2023 (Publikationen der Eugen Gutmann Gesellschaft Bd. 16), 216 S., zahlr. Abb., ISBN 978-3-96320-072-4

Die Geschichte der Dresdner Bank, insbesondere ihre Verstrickung in den Nationalsozialismus, ist in den vergangenen zwanzig Jahren – auch im Auftrag der 2002 gegründeten Historischen Gesellschaft der Dresdner und Commerzbank (Eugen Gutmann Gesellschaft) – bereits hinlänglich aufgearbeitet worden. Gleiches gilt für das Leben und Wirken des Sohnes Eugen Gutmanns, des Bankiers Herbert M. Gutmann. Weit weniger stand bisher die Biographie Eugen Gutmanns als Mitgründer und erstem Vorstandssprecher eines der größten deutschen Geldinstitute im Mittelpunkt der Banken- und Finanzgeschichte wie auch der deutsch-jüdischen biographischen Forschung. So ist es naheliegend, dass sich die Historikerin und Judaistin Laura Herr gemeinsam mit Yi Liu diesem markanten Bankier, dem so genannten „Bismarck des Banksektors“ (S. 7), widmet. Dabei hat Liu, nach dem Studium der European Culture and Economy wissenschaftliche Mitarbeiterin im Historischen Archiv der 2009 mit der Dresdner Bank fusionierten Commerzbank, das Kapitel über die unternehmerischen Misserfolge Gutmanns beigetragen.

Das jahrzehntelange erfolgreiche Wirken Gutmanns, seine z.T. exzentrische Persönlichkeit und eine Anekdoten- und Legendenbildung, die primär auf Äußerungen von Zeitgenossen und Familienerzählungen basiert, bieten ein reiches Spektrum für diese Untersuchung. Die beiden Autorinnen wollen sich Gutmann als einem Unternehmer seiner Zeit nähern; sie beziehen sich dabei auf ein vom österreichischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Joseph A. Schumpeter entwickeltes Konzept der unternehmerischen Persönlichkeit als Ausgangspunkt, Träger und Erfolgsfaktor innovationsorientierter Unternehmensgründungen (1911) – ein Ansatz, der in der modernen Diskussion über innovative Unternehmerfunktion in der Wirtschaftswissenschaft herangezogen wird. Der Fokus liegt daher auf Gutmann als einem Vertreter einer spezifischen Unternehmensgeneration mit wirtschaftlicher Führungsrolle im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert und auf seiner Rolle als „angestellter Manager-Unternehmer“ (S. 10), als Initiator einer Bankgründung, nicht als Eigentümer oder Kapitalgeber derselben.



Der 1849 in Dresden als drittes von dreizehn Kindern eines jüdischen Bankiers geborene Eugen Gutmann wurde in einem Umfeld sozialisiert, in dem die jüdische Bevölkerung sich zunehmend den sozialen Standards des Bildungsbürgertums annäherte und nach adäquater kultureller Vergesellschaftung suchte. So war zwar Gutmanns Vater sehr aktiv in der jüdischen Gemeinde verankert, gehörte aber bereits zu den wenigen jüdischen Schülern Dresdens, die ein Gymnasium besuchten und sich bereits recht früh in die (christliche Mehrheits-)Gesellschaft der sächsischen Residenzstadt zu integrieren begannen. Zunächst war der Vater im Geldverleih tätig, dann als Bankier und Angehöriger der aufstrebenden bildungsorientierten jüdischen Bevölkerungsgruppe im modernen Handels- und Gewerbebürgertum. Vor diesem familiären Hintergrund durchlief Gutmann seine Banklehre außerhalb des väterlichen Instituts, widmete sich zunächst dem Holzhandel in Ungarn und wurde nach seiner Rückkehr nach Dresden Teilhaber im seit 1771 bestehenden renommierten Privatbankhaus der Familie Kaskiel.

Auf seine Initiative wandelte diese dann 1872 ihre Privatbank in eine Aktiengesellschaft um, die künftig unter dem Namen Dresdner Bank firmierte. Nahmen jüdische Bankiers noch bis mindestens zur Zeit der Reichsgründung im privaten Bankenwesen eine relativ starke Stellung ein, ging diese jedoch im Zuge der – u.a. wegen der zur Risikominimierung durchgeführten Trennung von Besitz und Management – beginnenden Gründungswelle von Aktienbanken zurück. Mit der relativ späten Gründung der Dresdner Bank gehörte Gutmann zu jenem innovativen (jüdischen) Bankierstypus, der sich bewusst einem neuen Geschäftsmodell zuwandte und dessen Vorteile zu nutzen wusste. Als regional wirkende Aktienbank war es das Ziel, wirtschaftsfördernd zu wirken und den Kreditbedarf der wachsenden sächsischen Industrie zu decken. Die kurz darauf, 1873, einsetzende Gründerkrise bremste jedoch zunächst diese Entwicklung. Nach deutlicher Reduzierung des Aktienkapitals und sicher auch dank des Ansehens der Kaskielschen Traditionsbank gelang es Gutmann, durch geschicktes Krisenmanagement die Rezession einigermaßen unbeschadet zu überstehen.

Zugleich nahm er bereits neue Perspektiven für eine langfristige Etablierung im Finanzbereich in den Blick. Unter seinem Vorsitz entwickelte sich die Dresdner Bank zu einem der größten und umsatzstärksten deutschen Bankinstitute, auch aufgrund der gezielten Übernahme vieler kleiner Provinzialbanken, der Ausweitung auf das Depositionsgeschäft (S. 69) sowie durch die Errichtung einer Filiale 1881 in der damaligen Bankenmetropole und dem Börsenzentrum Berlin. Mit wachsender Kapitalerhöhung, weiteren Geschäftsübernahmen und der Ausdehnung des Filialgeschäfts im Ausland wuchs Gutmanns Einfluss in der Bankenwelt trotz einiger unternehmerischer Misserfolge. 1905/06 beteiligte sich die Dresdner Bank schließlich neben der Deutschen Nationalbank und der A. Schaffhausenschen Bank an der Gründung der Deutschen Orientbank (seit 1929 Teil der Dresdner Bank) und der Deutsch-Südamerikanischen Bank – und somit an der Förderung des deutschen Überseehandels sowie an der Ausweitung des deutschen Einflusses im Nahen Osten. Selbst die 1904 die Gemüter im Kaiserreich erhitze so genannte „Hibernia-Affäre“, bei der die Dresdner Bank im Auftrag des preußischen Handelsministers Theodor von Möller entgegen der Monopolisierungstendenzen des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-syndikats den Ankauf der Mehrheit der Aktien an der Hibernia Bergwerksgesellschaft zugunsten des preußischen Staates übernehmen sollte (S. 97 ff.), überstand die Bank trotz massiver Kritik an der Beteiligung an Verstaatlichungsbemühungen weitgehend unbeschadet. Generell wusste Gutmann seine Position als Bankier auch infolge seiner zahlreichen Aufsichtsratsposten einzusetzen. Bis zum Ersten Weltkrieg hielt so die Expansions- und Erfolgsphase der Dresdner Bank an. Schwere Belastungen und Verluste infolge des Krieges blieben zwangsläufig nicht aus – der Wegfall des Effekten- und Auslandsgeschäfts, Schließung der namhaften Londoner Niederlassung und die einsetzende Inflation erschütterten die Bank, die sich allerdings in den Folgejahren wieder erholen konnte. 1920, über 50 Jahre nach Gründung der Dresdner Bank, verließ Gutmann den Vorstand, blieb aber bis zu seinem Tod im Jahr 1925 deren Ehrenpräsident.

Unbestreitbar beruhte die erfolgreiche Geschäftsführung der Dresdner Bank auf der sehr persönlichen und durchaus unkonventionellen Leitung des Bankengründers, auf dessen exzentrischer Persönlichkeit gepaart mit einem durchaus riskanten, unkoordiniert wirkenden, teils sogar aggressiven, aber auch vorausschauenden, taktisch und praktisch ausgerichteten patriarchalischen Führungsstil (S. 61, 63, 110). Dieser war für eine Aktienbank gerade nicht typisch, eher autokratisch, und bedingte weitreichende Handlungsfreiheit, was die Autorinnen beispielhaft nachzeichnen. Etwas weniger differenziert zeigt sich die persönliche Beurteilung Gutmanns und seine Eingebundenheit in das zeitgenössische soziale Umfeld der Dresdner und Berliner jüdischen Gemeinschaft wie auch in das der deutschen Mehrheitsgesellschaft, auch hinsichtlich seiner politischen Wirksamkeit. Dies mag allerdings auch an mangelnden Quellen darüber liegen (S. 10). Wenig anschaulich bleibt daher die private Seite Gutmanns. Als Kind seiner Zeit trägt Gutmann wie bereits sein Vater Bernhard Gutmann die für die Emanzipationsbewegung der jüdischen Gesellschaft durchaus typischen Anpassungsmerkmale der Verbürgerlichung, insbesondere auch im Zusammenhang mit den Eigenschaften eines patriarchal geführten Familienbetriebs in der Übergangszeit zur modernen Industriegesellschaft – einschließlich einer Tendenz zur Feudalisierung und der dafür charakteristischen Heiratspolitik sowie der Einbindung von Familienangehörigen in die Geschäftswelt. Seine ausgeprägte Vorliebe für Kunst und Kultur steht – anders als die Autorin darstellt – durchaus im Zusammenhang mit dem generellen jüdischen Bildungsanspruch und -bedürfnis, aber auch im Kontext der Integrations- und Assimilationsbestrebungen, einer bürgerlichen Elitenbildung und der Legitimation der neu entstehenden Großunternehmerschaft. Hier schließt Gutmann an eine vom Vater in Dresden vorgelebte Haltung an. 1920, zwei Jahre nach Ende des Kriegs und des Kaiserreichs, in dem Eugen Gutmann nicht nur geschäftlich erfolgreich war, sondern mit dem er sich auch politisch als (bereits 1889 konvertierter) Deutscher jüdischer Herkunft identifizierte, schied er aus dem aktiven Geschäftsleben aus.

Gutmann steht letztlich repräsentativ für einen Typus Unternehmer, der die Entwicklung vom lokal agierenden Privatbankier/Eigentümer – der er eigentlich noch nicht einmal war – hin zum Managerunternehmen eines Weltunternehmens erfolgreich meisterte. Er war früh bereit, die strukturellen Veränderungen durch erweiterte Geschäftsbeziehungen und -felder mit traditionellem patriarchalen Habitus zu verbinden, und wusste durchaus einen Einklang zwischen wirtschaftlichem Handeln und Politik bzw. Staatsbürokratie (Dt. Orientbank, Hibernia-Affäre) zu finden. Die Fähigkeit zu Flexibilität, Pragmatismus und Risikobereitschaft waren ebenso gegeben wie ein gewisser Machtanspruch, mit dem sich die Dresdner (Groß-)Bank der Konkurrenz – wie etwa der Deutschen Bank – erfolgreich entgegenstellte. Letztlich war es einer seiner beiden, ebenfalls in die Bankenwelt und Vorstandsfunktion der Dresdner Bank eintretenden Söhne, Herbert M. Gutmann, der die Bestrebungen seines Vaters zur Integration in und der Teilhabe an der Gesellschaft erfolgreich fortsetzte – zumindest bis zum Beginn des Nationalsozialismus. Als Direktor der Orientbank und Bankier der Dresdner Bank wusste er ebenfalls, dass Bankgeschäfte über Anlagenpolitik und Kreditgewährungen hinaus geeignet waren, Einfluss zu sichern und sich auch politisch zu engagieren. Ihm gelang es erfolgreich, die Grenzen zwischen Finanzwelt, Politik, privatem und gesellschaftlichem Leben aufzuheben, bis 1931 als Folge der schweren Bankenkrise durch eine weitreichende Verstaatlichung der Dresdner Bank deutliche Einbußen an Größe und Handlungsfähigkeit eintraten und ihm ab 1933 die Existenz- und Arbeitsgrundlage genommen wurde. Dies zwang ihn schließlich 1936 zur Emigration. Sein Bruder Fritz und dessen Frau wurden dagegen auf besonders schicksalhafte Umstände Opfer der Judenverfolgung.

Mit dieser Publikation wird Eugen Gutmann als Bankenunternehmer und Mensch sicher einer gewissen Unbekanntheit entrissen; vieles ist jedoch dem interessierten und eingeweihten Leser bereits aus anderen Zusammenhängen bekannt. Das Fazit Herrs ist schließlich die kategorische Negierung der Schumpeterschen Unternehmer-Definition für die Person Gutmanns. Dies geht auf ein Verständnis zu-

rück, wonach – aktiv und wegweisend vom neuen Unternehmertypus ausgehend – neue Produktionsfunktionen in das alte System eindringen, dieses verändern und neue Formen generieren (hier anhand des Bankgeschäfts), was somit den eigentlichen Antrieb kapitalistischer Strukturen befördert. Bezieht man dies weniger eng auf die Leistung eines dynamisch agierenden Unternehmers, der risikobereit auf innovative ökonomische Entwicklung setzt, diese vielfältig und geschickt zu nutzen weiß und sich daher als Träger wirtschaftlicher Innovation und daraus resultierender Veränderungsmechanismen verstehen lässt, so erweist sich Gutmann durchaus als diesem neuen Typus nahestehend – mit einem „Traum und [dem] Wille[n], ein privates Reich zu gründen, Siegerwille und Freude am Gestalten“ (S. 115). Mit anderen Voraussetzungen als sie prägende jüdische Persönlichkeiten im Bankwesen wie die Familien Bleichröder, Mendelssohn, Rothschild, Oppenheim, Warburg oder Hirschfeld besaßen, nahm Gutmann die sich bietenden Chancen wahr und erreichte eine bedeutsame Rolle im deutschen (jüdischen) Wirtschaftsbürgertum. Faktum ist, dass Gutmann zu den markantesten, erfolgreichsten und kreativsten deutschen Bankiers seiner Zeit gehörte, der es ganz sicher ohne diesen spezifischen Innovations- und Fortschrittsdrang eines modernen Manager-Bankiers nicht dazu gebracht hätte.

Berlin

Christiane Scheidemann



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2025/1

Felix Ludwig: Prediger der Demokratie. Die Deutsche Hochschule für Politik und die politische Bildung in West-Berlin (1949-1972/74)

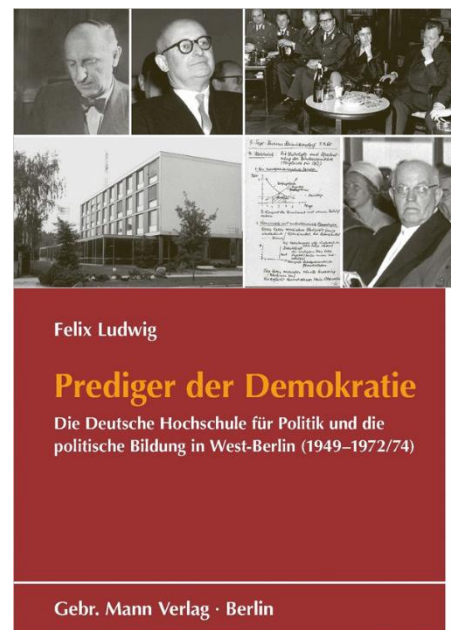
Berlin: Gebr. Mann Verlag, 2023 (Schriften des Bundesarchivs, Sonderreihe „Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus“ Bd. 1), 448 S., Abb. XI, ISBN 978-3-7861-2891-7

Eingedenk der eindeutig unter liberalen Vorzeichen stehenden Vorläufer – Friedrich Naumanns „Staatsbürgerschule“ bzw. die daraus hervorgegangene „Hochschule für Politik“ –, an denen die *Crème de la Crème* des Weimarer Liberalismus lehrte, nimmt man eine Untersuchung zur „Deutschen Hochschule für Politik“ (DHfP) und ihrer Umwandlung in das „Otto-Suhr-Institut“ (OSI) der Freien Universität Berlin gern zur Hand. Verstärkt wird das Interesse einerseits noch durch die nostalgischen Erinnerungen, die die Gründungsväter des „Verbandes Liberaler Akademiker“ mit den Anfängen dieser (West-)Berliner Institution verbanden, wo ein Nukleus dieses Verbandes lag. Aber auch das Geleitwort von Michael Hollmann, Präsident des Bundesarchivs, erhöht die Spannung, wenn er eine neue Phase der „Kontinuitätsforschung“ angekündigt, die nun im Auftrag der „Bundesbeauftragten für Kultur und Medien“ vom Bundesarchiv koordiniert werde. Allerdings fragt man unwillkürlich, ob die „(Deutsche) Hochschule für Politik“ wirklich zu den

„zentralen deutschen Behörden“ gehört, wie der Reihentitel suggeriert. Und es irritiert auch ein wenig, dass diese neue „Kontinuitätsforschung“ nun nicht mehr von Teams renommierter Historiker, sondern, zumindest in diesem Fall, von Doktoranden in Eigenregie betrieben wird. Denn der Band ist aus einer Dissertation am von Norbert Frei geleiteten „Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts“ hervorgegangen, wobei unklar bleibt, wer der „Doktorvater“ gewesen ist (vgl. die Danksagung S. 422).

Das Thema „Kontinuität“ spielt dann auch nur anfänglich eine Rolle und ist eigentlich schon auf S. 38 erledigt: „Mehr als eine strukturelle Vorlage bot die alte Hochschule für das pluralistische Projekt ihrer Nachfolgeorganisation nicht.“ Diese Feststellung kommt nicht ganz unerwartet, denn eine so hochgradig „politische“ Institution konnte nach 1945 ideologisch und personell natürlich nicht in irgendeiner Form weitermachen; es gab auch nicht den faktischen Zwang zu personellen Kontinuitäten wie bei anderen, wirklich „zentralen deutschen Behörden“ (vgl. S. 82-91). Stärkere Verbindungslinien zur Zeit vor 1933 zu schlagen, wird hier aber auch nicht versucht.

Damit werden auch die Erwartungen auf einen mehr oder minder wichtigen Beitrag zur Liberalismus-Forschung schnell enttäuscht. Das liegt zugleich an der Art und Weise, wie der Autor mit dem „liberale Erbe“ umgeht, das zur Eröffnung der DHfP vom Festredner Theodor Heuss noch einmal beschworen



wurde. Dieser wurde natürlich nicht als „künftiger Bundespräsident“ eingeladen (S. 31), wovon im Januar 1949 niemand, er selbst eingeschlossen, etwas ahnte, sondern als wichtiger Repräsentant der alten Hochschule für Politik. Deren Geschichte wird einleitend sehr cursorisch abgetan, dieser selbst ein „nationalliberales und nationalkonservatives“ Profil zugeschrieben (ebd.), das vor allem auf die „außenpolitische Restauration nach der Niederlage des Ersten Weltkriegs“ zielte (S. 32). Als jedoch Friedrich Naumann im Mai 1918 die Pforten seiner Staatsbürgerschule öffnete, hatte er in erster Linie innen- und parteipolitische Ziele. Mit einer totalen deutschen Niederlage rechnete er zu diesem Zeitpunkt nicht. Dieser unterstellten vornehmlich „revisionistischen“ Zielsetzung widerspricht auch das hohe internationale Ansehen, das die Fortführung von Naumanns Gründung in der Weimarer Zeit genoss.

Vor diesem so skizzierten Hintergrund ist es natürlich einfach, die wichtigen inhaltlichen Kontinuitätslinien von der Weimarer zur Nachkriegszeit nicht im Liberalismus, sondern bei den dort vor 1933 lehrenden, der Sozialdemokratie nahestehenden Dozenten auszumachen, wie Ludwig es tut. Es ist dann ebenso nicht weiter verwunderlich, dass Liberale in dieser Untersuchung keine oder allenfalls eine sehr geringe Rolle spielen, Hans Reif – Mitglied der „Liberalen Deutschen Partei“(!), (S. 141) – und Ella Barowsky werden als Dozenten am Rande erwähnt, Karl-Hermann Flach fehlt in der Aufzählung der bedeutenden Studenten der DHfP (vgl. S. 140).

Auch ohne Liberalismus-Bezug kann eine Publikation anregend und empfehlenswert sein. Nach dem Geleitwort des Bundesarchivpräsidenten und einer sehr reflektiert formulierten Einleitung steigt man gespannt in die Darstellung ein. Und zweifellos hat der Autor umfangreiches Material erschlossen: Gremienakten der DHfP und des OSI, Veranstaltungsverzeichnisse, Nachlässe der aus seiner Sicht wichtigsten Protagonisten sowie Aktenmaterial zur Berliner Landeszentrale für politische Bildung. Auch die umfangreiche Literatur zur Entwicklung der Politikwissenschaft und der politischen Bildung mit dem Fokus auf (West-)Berlin wurde gesichtet, insgesamt zweifellos viel Material.

Doch mit der Materialfülle tut sich der Autor sichtbar schwer, zumindest aus Sicht von außen. Beim nochmaligen Lesen des Hollmannschen Geleitworts fällt eine Formulierung auf, deren Zielrichtung anfangs nicht ganz klar ist: Hier läge eine erste Arbeit zur Frühzeit der Politikwissenschaft „an der Schnittstelle zwischen Ideen-, Institutionen- und Praxisgeschichte“ vor (S. 8). Im Nachhinein kann man das durchaus auch als Warnung verstehen. Denn in der Tat sucht der Autor seine Darstellung an drei Strängen aufzuziehen: erstens anhand des Denkens und Wirkens der in diesem Fall seiner Meinung nach drei wichtigsten Politikwissenschaftler, zweitens anhand der Entwicklung der Hochschule für Politik und des OSI von der Gründung bis zum Ausscheiden des letzten seiner drei Protagonisten sowie drittens anhand der Entwicklung der staatlich organisierten politischen Bildung in West-Berlin.

Das Problem ist, dass eigentlich schon jeder dieser drei Themenstränge genug Stoff für Dissertationen liefert und ihre Verknüpfung vor allem auch eine Reduzierung des Materials erfordert, was nicht unbedingt zu den Stärken dieser Arbeit gehört. Dankenswerterweise ist angesichts der Unzahl an auftretenden Personen vor allem aus dem West-Berliner Umfeld ein Namensregister beigegeben, das aber nicht in jedem Fall zuverlässig ist: Der langjährige Bildungssenator Werner Stein taucht unter W auf, mit „Moltke, James von“ ist der Widerstandskämpfer Helmuth James von Moltke gemeint, der auch kein direkter „Nachfahre des berühmten Generals aus dem deutsch-französischen Krieg“ (S. 58), sondern der Urgroßneffe des langjährigen Generalstabschefs der preußischen Armee – und nicht im Register genannten – Helmuth von Moltke gewesen ist. Trotz des Registers hat es der Leser nicht leicht, die Übersicht im Tableau der auftretenden Personen zu behalten.

Relativ einfach ist das noch im ideengeschichtlichen Abschnitt, der sich um die drei Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel, Otto Heinrich von der Gablentz und Ossip K. Flechtheim dreht. Ihre wissenschaftliche Herkunft wird ausführlich geschildert, die Unterschiede in der Entwicklung ihrer intellektuellen

Ausrichtung auch keineswegs verschwiegen: eine klassisch sozialdemokratisch, später eher sozialliberale bei Fraenkel, eine christlich-sozialistisch geprägte konservative bei v.d. Gablentz und eine links-undogmatische bei Flechtheim. Das hindert Ludwig aber nicht, allen dreien ein gemeinsames „Pluralismus-Projekt“ zu unterstellen, das sie an der DHfP und nachher am OSI verfolgt hätten (vgl. S. 11, 38, 137-152 u. 417). Nun verbindet man eine intensive Auseinandersetzung mit dem Pluralismus-Begriff landläufig vor allem mit Ernst Fraenkel, der stark von seinen Exiljahren in den USA geprägt war (vgl. S. 122-126). Für das Oeuvre der anderen beiden ist eine solche Bedeutung zumindest bislang nicht bekannt. Es erscheint zweifelhaft, ob ein solcher, „missionarischer“ Pluralismus-Grundkonsens am Anfang bestanden hat, nur v. d. Gablentz lehrte seit Beginn an der DHfP, Fraenkel stieß 1951 dazu, Flechtheim noch ein Jahr später. Bezeichnenderweise heißt zu den beiden Letztgenannten, als es 1958 heftige Kontroversen zwischen ihnen über die inhaltliche Ausrichtung eines Nachschlagewerkes ging: „Während über den Pluralismus als Grundsatz nicht gestritten wurde, gingen die Meinungen zu der Frage, wie er auszusehen hatte, teils weit auseinander“ (S. 180). Im weiteren Verlauf ist des Öfteren davon die Rede, wie sehr man sich in Sachen Pluralismus(-Projekt) auseinanderentwickelte (vgl. etwa S. 226, 238, 371). Wenn es einen Grundkonsens an der DHfP gab, der über die drei Genannten hinausging, dann war es naheliegenderweise eine nur selten explizit formulierte antitotalitäre Grundhaltung, die die Dozenten der DHfP quasi zwangsläufig zu „Predigern der Demokratie“ machte. Aber auch dieser titelgebende Terminus, dem Schreiben eines in der Landeszentrale wirkenden Fraenkel-Schüler entnommen, spielt nur einleitend eine Rolle (vgl. S. 9 f.).

Ist schon dieser ideengeschichtliche Strang etwas verwirrend, so gilt das ebenso für die institutionen- und praxisgeschichtlichen Teile. Dies liegt auch daran, dass der Autor seine eigenen Schlussfolgerungen offenbar in Folge der Materialfülle häufig umgehend relativiert oder sich in Widersprüche verstrickt (vgl. beispielsweise S. 105 f., 197 u. 199, 216 u. 220, 353 f., 376 ff.). Es gibt eine Reihe von Formulierungen, die irritieren, etwa wenn es zu Flechtheim heißt: Er sei bereits in den 1950er Jahren „ein kritischer Pluralist wider Willen“ gewesen (S. 65), für einen „Missionar“ in Sachen Pluralismus eher eine problematische Ausgangsbasis.

Gerade auch die weitere Entwicklung der DHfP, nachdem sie – wie breit und durchaus interessant geschildert wird – 1958 unter dem Namen ihres Spiritus Rectors als OSI in die Freie Universität ausgewechselt war, zeigt, wie sehr sich die Vorstellungen, welche Werte und Ideen die Politikwissenschaft und indirekt auch die politische Bildung vertreten sollte, auseinander entwickelten: Der eingefleischte Sozialliberale Fraenkel litt unter den antipluralistischen Forderungen und Provokationen der in den späten 1960er Jahren „rebellierenden“ Studenten, während sich – überraschenderweise – v.d. Gablentz zumindest teilweise und vor allem Flechtheim anpassten und die „Demokratisierung“ ihres Instituts unterstützen. Der frisch emeritierte Fraenkel gehörte dagegen zu denen, die die konservative „Tendenzwende“ einzuleiten versuchten (vgl. S. 358 f.).

Hinsichtlich der Geschichte der politischen Wissenschaft und der politischen Bildung in West-Berlin sowie ihrer Verbindung untereinander wird – wie erwähnt – sehr viel Material ausgebreitet. Letztlich ist dies – angesichts der damaligen politischen Verhältnisse in der Landes- bzw. Stadtpolitik nicht überraschend – auch ein Beitrag zur Geschichte der Sozialdemokratie und ihres Umfeldes, wobei der liberale Anteil an der Institutionengeschichte leider weitgehend unterdrückt wird. Aber auch ungeachtet dessen bleibt ein skeptischer Eindruck, denn selbst der wohlwollende Leser verliert des Öfteren die Übersicht bzw. sieht sich mit irritierenden Formulierungen oder Querverweisen konfrontiert. Neben den bereits genannten nur noch ein weiteres Beispiel aus der Schlusspassage, wo man folgendes Fazit zu den Bemühungen der „Prediger der Demokratie“ lesen kann: Sie „fochten einen beständigen Kampf um die Bundesdeutschen gegen die Windmühlen autokratischer Versuchungen – jene Bundesdeutsche, die schon einmal bewiesen hatten, wie anfällig sie dafür waren“ (S. 421). Lässt man einmal das

schwerverständliche Windmühlen-Bild beiseite, muss man doch fragen, inwiefern sich die „Bundesdeutschen“ zwischen 1949 und 1974, als Flechtheim beim OSI ausschied, anfällig für totalitäre Anfechtungen erwiesen hätten. Denn die Bewohner der Bundesrepublik kann man ja nicht direkt für das, was ab 1933 auf dem Territorium des Deutschen Reiches und nach 1945 auf dem der späteren DDR geschah, verantwortlich machen. Nicht nur hier wundert man sich, wenn im Nachwort dem herausgebenden Verlag für ein „gründliches Lektorat“ gedankt wird.

Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, dass weniger vielleicht mehr gewesen wäre. Denn die Verbindungslinien zwischen den drei Strängen, so sehr sich der Autor bemüht, diese vor allem anhand der handelnden Personen aufzuzeigen, verschwimmen doch immer wieder in der Materialfülle. So liegt hier eine materialreiche Grundlage vor, die in etlichen Teilen noch einer tieferen Durchdringung und vor allem stringenteren Darstellung harrt. Wichtige und verdienstvolle Vorarbeiten dafür sind in jedem Fall aber gemacht.

Bonn

Jürgen Frölich



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2025/1

Ruud Koopmans: Die Asyl-Lotterie. Eine Bilanz der Flüchtlingspolitik von 2015 bis zum Ukraine-Krieg.

München: C.H.Beck, 2023, 269 S., ISBN 978-3-406797385

Ruud Koopmans ist Direktor der Abteilung Migration, Integration und Transnationalisierung am Wissenschaftszentrum Berlin und Professor für Soziologie an der Humboldt-Universität. Sein Buch erscheint bei C.H.Beck, einem Branchenführer im Sachbuchmarkt. Mehr institutionelle Garantie für Seriosität geht also kaum! Seine statistischen Befunde und starken Thesen werden vielen aber nicht gefallen. Die gegenwärtige Lage charakterisiert Koopmans so: „Europa wird nur dadurch ein Minimum an Kontrolle über die Migration behalten, dass es Migranten mit Gewalt von den Außengrenzen fernhält“ (S. 218). Er plädiert dagegen für eine Reform des Asylrechts und empfiehlt als „Gedankenspiel“ die „australische Lösung“ einer „Externalisierung von Asylverfahren“ (S. 216) in Drittstaaten, um die Pull-Faktoren oder Anreize für die Migration nach Europa zu reduzieren. Nüchtern stellt er fest: „Wir helfen allen, die es über die europäischen Grenzen schaffen, ganz unabhängig davon, ob sie triftige Asylgründe haben oder nicht, und wir helfen niemandem, der es nicht schafft, Europa zu erreichen, und auch das unabhängig davon, ob er Schutz benötigt oder nicht. Das europäische Asylsystem gleicht einer Lotterie auf Leben und Tod, um Freiheit und Unterdrückung – einer Lotterie freilich, bei der die Gewinnchancen ungleich verteilt sind“ (S. 10). Vor allem diejenigen schaffen es, die ihre Schlepper bezahlen können, nicht aber diejenigen, die wirklich gerettet werden müssten.



Koopmans untermauert geläufige Einschätzungen mit harten Fakten und Zahlen: Europa hat zu spät reagiert und macht sich heute von Autokraten (wie Erdogan) als Gatekeepern abhängig und erpressbar. Für unsere Sozialsysteme ist die Einwanderung teuer. Sie brachte nicht zuletzt gestiegene Schwerekriminalität und Terror. Koopmans rechnet die „Überrepräsentation“ von Flüchtlingen als Tätern und auch Opfern in minutiöser Analyse der mehr oder weniger geschönten Statistiken vor und vermerkt dazu im Abspann: „Beim Bundeskriminalamt möchte ich mich ausdrücklich nicht bedanken, da meine wiederholten Fragen zur Kriminalitätsstatistik im Kontext von Zuwanderung nur ausweichend und damit gar nicht beantwortet wurden“ (S. 241). Auch das ist wohl nicht zuletzt ein Rechtsproblem: Auch hier konfliktieren die individuellen und liberalen Rechte mit dem gewaltigen Druck der Probleme. Bei der Sondierung des Terrors vermerkt Koopmans: „Alle Täter waren Muslime“ (S. 123). Das ist nicht trivial, weil eben nicht alle Migranten Muslime waren. Offenbar „bedurfte es einer extremistischen Ideologie, die ihrer Aggression und ihrem Hass die Richtung gab“ (S. 124). Zum Stichwort Willkommenskultur bemerkt er: „Mehrheitlich muslimische Länder fehlen ganz auf der Liste der Aufnahmelande, mit Ausnahme des kleinen Albanien“ (S. 55). Koopmans setzt hier kritische Betrachtungen fort,

die er 2020 in seinem Sachbuch-Bestseller „Das verfallene Haus des Islam“ eingehend ausführte. In einem empirisch noch sehr vorläufigen Kapitel stellt er Unterschiede zur Migration infolge des Ukraine-Krieges heraus. Beiläufig bemerkt er: „Die Visumfreiheit für türkische Staatsbürger gibt es bis heute nicht, weil die Türkei die Bedingungen dafür weiterhin nicht erfüllt“ (S. 75). Das scheint sich nach der furchtbaren Erdbeben-Katastrophe vom Februar 2023 gerade zu ändern, was neue – aktuell noch kaum diskutierte – Flüchtlingsschübe geben dürfte.

Die Massenmigration der letzten Jahre ist (nicht nur) für die europäischen Gesellschaften ein gewaltiges, fast unlösbares Problem; das stellt Koopmans klar: nicht mehr und nicht weniger. Er versachlicht damit die Diskussion, auch wenn seine Befunde und Thesen Munition für den Rechtspopulismus geben. Sein Buch ist nicht ohne Provokationslust und Wirkungsabsicht geschrieben. Koopmans bietet aber vor allem einen statistischen Realitätsschock. Auch wenn er weiß, dass Statistiken methodologisch diskutabel und elastisch interpretierbar sind: An seinem zentralen Befund ist kaum zu rütteln: Massenmigration ist für Gesellschaften ein Problem. Dabei betont er, „dass Migration sehr wohl kontrollierbar ist, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist“ (S. 79). Dass auch die „australische Lösung“ der Externalisierung der Verfahren (möglichst auf entlegene Inseln) aber eigentlich keine wirkliche Lösung ist und extreme rechtsstaatliche und humanitäre Kosten und Härten verursacht, ist auch Koopmans klar, wenn er von einer „Utopie“ spricht, genauer von einer „realistischen Utopie“, die etwa in Magreb-Staaten realisierbar wäre.

Politisch erscheint mir das aktuell wenig aussichtsreich. Vielleicht hätte er auf sein „radikales Gedankenexperiment“ der australischen Lösung verzichten sollen, um die Diskussion nicht von den Zahlen in den Grundsatzstreit abzulenken. Gerne hätte ich auch mehr zu den direkten Corona-Folgen gehört, die den Einwanderungsstaaten eine migrationspolitische Atempause verschafften, die über das fortdauernde Problem hinwegtäuschte. Wo die Politik kaum noch Lösungen weiß, bleibt der Wissenschaftler seinem Ethos verpflichtet: realistische Analyse ohne blauäugige oder lügnerische Kosmetik! Auf die Rezeption und Diskussion von Koopmans beunruhigendem Buch darf man gespannt sein.

Heidelberg

Reinhard Mehring



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2025/1

Lorraine Daston: **REGELN. Eine kurze Geschichte.**

Berlin: Suhrkamp Verlag, 2024, 432 S., ISBN 978-3-518-58804-8

Wann haben Sie zuletzt einen Kanon gesungen und sich seine „Funktionsweise“ vergegenwärtigt? Versuchen Sie nicht auch, Ihren Youtube-Algorithmus „umzuprogrammieren“, ohne die dahinter verborgenen „Rechenvorschriften“ zu kennen? Und geben Sie es zu, haben Sie sich nicht auch schon über Rechtschreibregeln gewundert oder bisweilen geärgert, gegen sie verstoßen zu haben? Wozu leiten uns Regeln an, wenn sie keine eindeutige Antwort auf eine fragwürdige Notlage versprechen? Solche und ähnliche allzu menschlichen Fragen historisch zu ergründen, die gesellschaftlichen Strukturen und die theoretischen Umwälzungen offenzulegen, ist Anliegen von Lorraine Dastons meisterhaftem Kompendium *Regeln*.

Daston ist emeritierte Wissenschaftshistorikerin des Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte. Mit *Regeln* ist der Autorin etwas gelungen, das der amerikanischen Wissenschaftskommunikation näher liegt als der kontinental-europäischen. Sie hat ein Werk vorgelegt, das die Gedanken interessierter Laien und des Fachpublikums (für das es einen ausführlichen Anmerkungsapparat gibt) gleichermaßen beflügeln kann. Ihre stupende Belesenheit und beeindruckende Gelehrsamkeit wecken ganz unaufdringlich Lust, sich mit ihr auf eine Reise durch die Geschichte und Theorie von Regeln zu begeben.

Daston beginnt mit der schlichten wie selbstverständlichen Beobachtung, dass das Leben ein Geflecht aus Regeln ist. Wie die Eingangsfragen andeuten, ist Regel nicht gleich Regel. Die Vielfalt der Arten von Regeln bringe uns auf die Spur einer verborgenen Geschichte dessen, was eine Regel ist und tut (S. 12). Dastons historischer Referenzpunkt setzt in der griechisch-römischen Antike an, seit der wir bis heute drei semantische Hauptgruppen von Regeln unterscheiden. Demzufolge besteht das „antike Dreigestirn“ aus Regeln/Richtscheiten (altgriech. kanon aus althebr. qaneh; lat. regula), Vorbildern/Modellen (kanon, paradigma; paradigma) und Gesetzen (nomos; ius, lex). Bis Ende des 18. Jahrhunderts war die Bedeutung des Vorbilds oder Modells als Regel vorherrschend. Daneben durchweben drei Gegensätze die verflochtene Geschichte der Regeln: füllige oder schlanke Formulierung, flexible oder starre Anwendung und allgemeine oder spezifische Anwendung.

Mit der Monografie verfolgt die Autorin drei Ziele. Erstens will sie zeigen, dass in der Industriellen Revolution die Bedeutung von Regel als Vorbild oder Paradigma (Urteils- und Unterscheidungsvermögen zur Überbrückung der Kluft zwischen Universalien und Einzeldingen) zugunsten des Algorithmus



(in Rechenoperationen zerlegbare Anweisung) und des insbesondere maschinell ausgeführten Algorithmus erloschen ist. Dabei geht es um die Geschichte der Arbeit und der Maschinen wie um die Geschichte des Rechnens. Ein zweites Ziel besteht in der Rekonstruktion der verlorengegangenen Kohärenz innerhalb des Begriffs der Regel, der Verfolgung der spektakulären Karriere des Algorithmus seit dem 19. Jahrhundert. Dastons drittes Anliegen ist es, die Frage zu klären, wie Menschen Regeln formuliert haben, um eine Lücke zwischen dem Allgemeinen und dem Partikularen zu verkleinern.

Diese Ziele bearbeitet Daston in der Auseinandersetzung mit antiken Regeln und ihren Begriffsclustern (Kap. 2), der Beschreibung der Regeln der Kunst und des Handwerks (Kap. 3), der Analyse der Algorithmen vor der mechanischen Berechnung (Kap. 4) und im Zeitalter der Rechenmaschinen (Kap. 5). Die sich daran anschließenden Abschnitte befassen sich mit Regeln im Kleinsten, den Vorschriften und ihrer juristischen und gesellschaftlichen Fitness (Kap. 6) sowie den Regeln im Großen, dem Naturrecht und den „Naturgesetzen“ (Kap. 7). Schließlich kommt eine Regel nicht ohne Beugen und Brechen aus. Mit drei Grenzphänomenen – Kasuistik, Billigkeit, exekutive Prärogative – beschäftigt sich Daston in Kap. 8.

Daston stellt die These auf, dass alle Regeln prophetisch sein wollten. Sie sollten eine Ordnung schaffen, die es noch nicht gegeben hat und vielleicht nicht geben würde (S. 251). Interessant ist dieser Befund am Beispiel von Moderegeln. Das wiederholte Scheitern von Vorschriften hat nicht unbedingt ihr Ende bedeutet. Wer denkt da in unseren Tagen nicht an überambitionierte Corona-Schutzverordnungen? Die wirkungsvollsten Regulierungen müssten in früh verinnerlichten Normen und Bräuchen wurzeln. Aber die Verwandlung von Regeln in Normen könne Jahrhunderte dauern – ohne feste Aussicht auf Erfolg.

Mit großer Akribie nimmt Daston unseren überlieferten Bestand an Denk- und Erfahrungskategorien auseinander und bürstet die Begriffe gegen den Strich. Mit großer Lust und wohldosierten Anmerkungen gelingt ihr das am Beispiel des Naturrechts und der Naturgesetze. Denn weder Natur und Recht noch Natur und Gesetze gehörten ursprünglich zusammen. Denker wie Grotius, Hobbes, Pufendorf, Descartes u.a. wollten Oxymora (Naturrecht) und Metaphern (Naturgesetz) schaffen, um uns das Nachdenken zu erleichtern (und zu lenken), nicht selten mit normativem, oder besser: ontologischem, Überschuss verbunden. Eigen war der parallelen Entwicklung des Denkens über das Naturrecht und der Vorstellungen über die Naturgesetze in der Frühen Neuzeit, dass sie höchster Ausdruck von Universalität, Uniformität und Unveränderlichkeit des „Gesetzes“ sein sollten (S. 280). Aber nicht alle Theoretiker teilten die Sicht einer unbeugsamen universellen Gesetzlichkeit. Prominentester Vertreter einer radikalen Neufassung des Naturrechts und der Naturgesetze war Immanuel Kant, demzufolge das Naturrecht allein in der Vernunft gründe und die Naturgesetze die unabdingbaren kognitiven Voraussetzungen für ein Verständnis der Natur als Ordnung seien (S. 283).

Schließlich fragt die Autorin zugespitzt: Was war zuerst, die Regel oder die Ausnahme? Nach acht Kapiteln leichtfüßiger Analyse und fulminanter Argumentation folgert Daston eher paradigmatisch als algorithmisch: Eine Ausnahme anzuerkennen heiße ipso facto, die Regel anzuerkennen, die ihr widerspreche und implizit auch die Art von Regel, die sich so klar durch ihre Ausnahmen umgrenzen lasse. Man könnte auch hemdsärmelig formulieren: Nichts geht ohne Kontext „mit all seinen störenden Details und Sonderfällen“ (S. 325), wenn wir von mechanisierten Regelanwendungen absehen (Algorithmen, Naturgesetze). Wenn wir Mehrdeutigkeit als Geschenk betrachten, dann können wir uns auf eine unserer höchsten menschlichen Fähigkeiten berufen, nämlich dem Ermessen mittels Urteilskraft und Analogiebildung. In einer freien und offenen Gesellschaft ist das Handeln von Individuen im Zeichen des „allgemeinen Lebensrisikos“ nicht standardisierbar oder gar steuerbar. Politische Aushandlungsprozesse oder ethische Handlungskoordination ist per se volatil. Meine Handlung beeinflusst den Kontext meines Gegenübers und damit seinen Handlungsspielraum. Diese Ambiguität ist Konstitution und

nicht Resultat freiheitlich und plural verfasster Gemeinwesen. Hierauf eine differenzierte und fröhliche Sichtweise zu entwickeln, macht *Regeln* zu einer kostbaren, witzigen und charmanten Pflichtlektüre für all diejenigen, denen Denken und Handeln in Einheit den Grund ihrer Existenz bedeutet. Lorraine Daston ist ein aufklärerisches, aufgeklärtes und strahlendes Buch gelungen, das ein wohltuendes Angebot an Ordnung stiften kann in unseren politisch und technologisch unruhigen Zeiten.

Dresden

Sebastian Wörfel



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net